



TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Präsidentialregierung

Ernennung des Reichskanzlers nochmals verschoben

Berlin, 26. November.
Der Zentrumsführer Kaas hat am Freitag nachmittag dem Reichspräsidenten erklärt, daß

seine Bemühungen um eine Kabinettsbildung gescheitert seien. Er habe den Führern der NSDAP, der Deutschnationalen, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die Frage vorgelegt, ob sie bereit seien, sich mit der Zentrumsparlei an Beratungen über ein sachliches Not- und Arbeitsprogramm für eine Mehrheitsregierung zu beteiligen. Diese Frage sei von den Vorsitzenden der Bayrischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei bejahend beantwortet worden, während die Deutschnationalen und die Nationalsozialisten abgelehnt hätten. Daher seien seine Bemühungen erfolglos geblieben.

Nach diesem letzten Versuch, eine Mehrheitsregierung zu bilden, steht fest,

daß der Reichspräsident eine neue präsidentiale Regierung berufen wird.

Die Anhänger einer solchen Regierungsform sind natürlich froh, daß nun „keine andere Möglichkeit bleibt“.

Für die Arbeiterschaft steht schon heute fest, daß diese Präsidentialregierung die Politik des Kabinetts Papen fortsetzen, die Lage der Massen der Bevölkerung weiter verschlechtern und die politischen Rechte weiter abbauen wird. Daher muß die Arbeiterklasse in geschlossener Front den außerparlamentarischen Kampf gegen diese Regierung der Gegenrevolution und der sozialen Reaktion aufnehmen.

Es ist damit zu rechnen, daß neben dem Reichswehrminister von Schleicher und dem Reichsaußenminister von Neurath, die bestimmt in das neue Kabinett übernommen werden, auch eine Anzahl anderer Mitglieder der Papen-Regierung auf ihrem Ministerposten bleiben werden. Nur in wenigen Ministerien dürfte ein Wechsel vor sich gehen.

In politischen Kreisen rechnet man auch sehr stark mit der Möglichkeit, daß wiederum Papen zum Reichskanzler ernannt wird.

Neue Verzögerung

Bei Redaktionsschluß erhalten wir folgende Meldung:

Berlin, 26. November.
WTB. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind die Entscheidungen des Reichspräsidenten über das neue Präsidentialkabinett verschoben worden, da erst noch weitere Besprechungen stattfinden sollen. Für heute dürfte die Entscheidung nicht mehr zu erwarten sein.

Am 6. Dezember Reichstag

Wieviele Sitzungen werden zustandekommen?

Berlin, 26. November.
VDZ. Die erste Reichstagssitzung am 6. Dezember wird, wie das Nachrichtenbüro des VDZ meldet, wie stets, nur die Konstituierung des neuen Reichstages bringen. Sie wird diesmal von dem nationalsozialistischen Abgeordneten

Litzmann als Alterspräsidenten geleitet. Nach der Eröffnungsansprache des Alterspräsidenten erfolgt ein Namensaufruf der Abgeordneten. Damit ist im allgemeinen die Aufgabe der ersten Sitzung erledigt. Nur beim letzten Reichstag gestaltete sich schon die konstituierende Sitzung zu einer Dauersitzung, da man im Hinblick auf die kommunistische Leitung der ersten Sitzung und mit Rücksicht auf den Wunsch, möglichst schnell ein arbeitsfähiges Haus zu schaffen, an den Namensaufruf sofort die Wahl des Präsidiums schloß.

Ob man auch diesmal dieses beschleunigte Verfahren wählen oder doch die Wahl des Präsidiums entsprechend der früheren Übung auf die zweite Sitzung verschieben wird, ist noch nicht sicher und hängt wahrscheinlich von dem weiteren Verlauf der politischen Entwicklung ab. Auch die Personalfrage ist noch nicht geklärt und wird kurz vor dem Zusammentritt des Reichstages noch Besprechungen zwischen den Parteien notwendig machen. Die Nationalsozialisten erheben als stärkste Fraktion Anspruch auf den Posten des Reichstagspräsidenten und werden aller Voraussicht nach dafür wieder den jetzigen Präsidenten Göring vorschlagen. Die Sozialdemokraten werden wieder den früheren Präsidenten Löbe kandidieren lassen.

Was nützen Parlaments-Beschlüsse?

Berlin, 26. November.
Der Rechtsausschuß des preussischen Landtags nahm einen kommunistischen Antrag an, worin das Staatsministerium ersucht und der Reichskommissar beauftragt wird, die Vereinbarungen über den Vollzug der Festungshaft in Preußen nicht durchzuführen. Es handelt sich hier-

bei um die bereits vor einiger Zeit eingeführte Verschärfung der Festungshaft. Ein Vertreter des Justizministeriums erklärte im Ausschuß, daß die verschärften Bestimmungen auf einer Vereinbarung der deutschen Landesregierungen beruhen, von der Preußen nicht ohne weiteres zurücktreten könne. Im übrigen würde der Oberreichsanwalt bei Nichtdurchführung der Vereinbarung in Preußen von der Möglichkeit Gebrauch machen können, die Verurteilten in außerpreussische Festungen zu legen.

Ohne praktische Bedeutung

Das preussische Kabinett Braun hat dem Landtag einen Erlaß zur Kenntnis gegeben, der auch den nachgeordneten Behörden weiter geleitet werden soll. Die Regierung Braun gibt in diesem Erlaß Anweisungen, wie sie die Geschäfte in Preußen zu führen gedenkt. Das wichtigste ist, daß die Staatsministerien oder eines Staatsministers gegenüber Reichstag, Reichsrat, Landtag und Staatsrat sowie in Vertretung des Landes Preußen gegenüber dem Reich und anderen Ländern nur Ansichten zu vertreten, die den Anweisungen des Ministerpräsidenten oder der zuständigen Staatsminister entsprechen. Die Beamten werden ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie nicht namens der Staatsregierung Erklärungen abgeben dürfen, die in Wirklichkeit in Vertretung der Kommissare erfolgen. Weiter verlangt die Regierung Braun, daß das Begnadigungsrecht zu ihren Zuständigkeiten zu gehören habe.

Praktische Bedeutung dürfte diesem Erlaß kaum zukommen.

67 Jahre Zuchthaus

im Dortmunder Sprengstoffprozeß beantragt

(Eigener Bericht der „SAZ“)

Dortmund, 25. November.
wb. Nach dreitägiger Verhandlung beantragte heute Staatsanwalt Dr. Speck als Vertreter der Anklagebehörde gegen die 13 wegen Sprengstoffvergehens angeklagten Arbeiter, allesamt Mitglieder der Kommunistischen Partei und des Kampfbandes gegen den Faschismus bzw. ehemalige Angehörige dieser Organisationen, hohe Zuchthausstrafen und nur in einem Falle einen Freispruch. Gegen einen Angeklagten wurden über 7 Jahre, gegen fünf Angeklagte je 6 Jahre und gegen sechs Angeklagte je 5 Jahre Zuchthaus beantragt. Insgesamt 67 Jahre und 3 Monate, dazu Stellung aller Angeklagten unter Polizeiaufsicht auf Lebenszeit. Zur Begründung des Antrags führte der Staatsanwalt aus, daß sich die größere Menge des gestohlenen Sprengstoffes offenbar noch in Händen der Kommunisten befinde. Die unbekanntenen Diebe (III) und jetzigen Besitzer des gefährlichen Materials müßten durch die Höhe der in diesem Prozeß zu erkennenden Strafen von der Begehung von Gewalttätigkeiten abgeschreckt werden.

Recht nette Auffassungen sind das, die der Herr Staatsanwalt in seinem Plädoyer entwickelt. Durch nichts ist in diesem Prozeß bewiesen worden, daß Kommunisten den Geseker Sprengstoffdiebstahl begangen haben; der Herr Staatsanwalt spricht selbst von unbekanntenen Dieben. Dennoch sollen Arbeiter, vielleicht nur, weil sie klassenbewußte Arbeiter sind, weil der von unbekanntenen Dieben gestohlene Sprengstoff offenbar in Händen von Kommunisten ist und diese abgeschreckt werden sollen von der Begehung von Gewalt-

tätigkeiten, auf Jahre hinter Kerkermauern gebracht werden. Ob da der Hase nicht wo anders im Pfeffer liegt?

Zuchthaus für Sprengstoffdiebstahl

Trier, 26. November.
Die große Strafkammer verurteilte heute vier Kommunisten, die in der Nacht zum 18. August aus einem Sprengstofflager in Daufenbach an der Kill 100 Pfund Ammoniak und 4 Pfund Pulver gestohlen hatten, zu Zuchthausstrafen in Höhe von 2 bis 3 Jahren. Zwei Angeklagte erhielten wegen Beihilfe bzw. Begünstigung je 1 Jahr Gefängnis. Vor dem Gerichtsgebäude hatten sich zahlreiche Kommunisten gesammelt, die beim Abtransport der Verurteilten Demonstrationen veranstalteten. Die Polizei drängte die Menge in die umliegenden Straßen ab.

„Rote Fahne“ schon wieder verboten!

Bis 16. Dezember!

Berlin, 26. November.
WTB. Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ wegen außerordentlich schwerer Verstöße gegen das Republikchutzgesetz und auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 mit Wirkung vom 26. November bis 16. Dezember verboten.

Die Lage in Holland

H.E. Holland, das älteste und einstmals reichste kapitalistische Land der Erde, leidet seit Jahren an einer Krise, deren Tempo sich in den letzten Jahren und Monaten unaufhaltsam verschärft hat. Vor allem wirkt sich die Agrarkrise furchtbar aus. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte sind auf ein Minimum zusammengeschrunken, so daß, gemessen an deutschen oder französischen Verhältnissen, das Leben in Holland unerhört „billig“ ist. Doch selbst für diese billigen Lebensmittelpreise reicht die Kaufkraft der ausgepowerten holländischen Arbeiter und Arbeitslosen nicht aus. Die Arbeitslosigkeit ist in ständigem Wachsen begriffen, ein Gehalts- und Lohnabbau jagt den anderen. Die Folge ist für die Bauern: Verelendung in nie erlebtem Ausmaß. Der kleine Landwirt schuffet das ganze Jahr nur für die Steuern und Unterhaltungskosten. Die Bauern sind aus Mangel an Geld zum Tauschhandel mit Naturalien zurückgekehrt.

Auf seine 8 Millionen Bevölkerung hat Holland ein Arbeitslosenheer von 300 000, d. h. ebenso viele Arbeitslose als das an Einwohnerzahl sechsmal größere Frankreich. Was tut die kapitalistische holländische Regierung, um das Los der Erwerbslosen, die eine ganz elende Unterstützung bekommen, zu „bessern“? Sie richtet Arbeitslosenerkstattungen ein, in denen Privataufträge zu einem Hungerlohn ausgeführt werden, der gerade so über den Unterhaltungskosten liegt. Was sich sonst an Arbeit bekommt, keine Unterstützung, also eine Art Zwangsarbeitsdienst. Die Menschen haben in diesen Werkstätten in ganz primitiven Holzbaracken ohne jegliche hygienischen Einrichtungen, in bitterster Not, zu Tieren degradiert und machen mit ihrer Zwangsarbeit ihren Leidensgefährten in den Fabriken Konkurrenz, drücken die Löhne, erhöhen die Arbeitslosigkeit und helfen so mit, ihr Elend zu vermehren.

Dieser Zustand, in dem Arbeiter gegen Arbeiter eingesetzt werden, in dem der noch in Arbeit stehende Prolet die Konkurrenz des „Arbeitslosen“ zu fürchten hat und der Erwerbslose, der schwer arbeiten muß, den Fabrikproleten den höheren Verdienst neidet, dieser Zustand, in dem künstlich Gegensätze im Arbeiterlager gesät werden, bildet für das holländische Proletariat eine große Gefahr. Gleichzeitig aber schafft es in allen Unterdrückten dieses kleinen Landes auch die Erbitterung gegen ihre Ausbeuter, aus der eines Tages der reinigende Sturm losbrechen kann.

Das wissen die herrschenden Kreise sehr gut und bauen deshalb vor. Der staatliche Repressionsapparat wird brutal gegen die Arbeiter eingesetzt. Die Fälle, in denen die holländische Polizei aus den niedrigsten Anlässen mit blankem Säbel gegen Arbeiter, Versammlungsbesucher, Streikende oder Erwerbslose vorgeht, sind keine Seltenheiten. Am 20. Juli vertrieb die Polizei in der Nähe von Rotterdam Arbeiter, die zu einer vorbereiteten Versammlung gehen wollten, mit gezogener Waffe. Das Resultat: 20 Verletzte gegen Streikende eines Arbeitslosenerkstattungs-Boskop, die Rufe wie „Rot Front“, „Wir haben Hunger“, „Wir wollen Arbeit“ usw. ausbrachten, ging die Polizei vor und tötete einen katholischen Arbeiter durch einen Säbelhieb über den Kopf und einen Stich ins Herz.

Doch damit glaubt die herrschende Klasse ihre Macht nicht genügend gefestigt. Eine faschistische Bewegung, die sich der aktiven Unterstützung durch den Staatsapparat erfreut, ist nach deutschem Muster ins Leben gerufen worden und betätigt sich schon mit „Erfolg“. Ueberfälle auf Arbeiter, Sprengung von Arbeiterversammlungen durch uniformierte und bewaffnete Faschisten sind an der Tagesordnung. Bei Zusammenstößen steht die Polizei ganz wie in Deutschland, stets mit den Faschisten gegen die Arbeiter.

Was tut die Arbeiterklasse, was tun die Arbeiterorganisationen? Die reformistischen Gewerkschaften (NVV) und die holländische Sozialdemokratie (SDAP) folgen dem großen und bewährten Beispiel ihrer deutschen Bruderorganisationen. Sie vertragen die Arbeiter auf bessere Zeiten, weil man doch in Krisenzeiten nicht kämpfen kann. Im übrigen bremsen sie Kämpfe ab und schließen die Revolutionäre, die ihrer bürokratischen Bequemlichkeit zu gefährlich werden könnten, skrupellos aus. Die reformistischen Organisationen, die auf Grund ihrer Kräfte (NVV = 300 000, SDAP = 80 000 Mitglieder) dazu be-

tufen wüßten, Aktionen auszulösen, denken nicht daran, es zu tun. Glücklicherweise ist der Geist der Organisationen nicht der Geist der Arbeiter. Die holländischen Proleten haben entgegen dem Willen der Regierungen eine Reihe von wichtigen Arbeitskämpfen geführt die gezeigt haben, daß sie auch zu kämpfen und zu siegen verstehen.

Die Kommunisten haben sich mit ihren 2000 Anhängern dank ihrer verhängnisvollen ultralinken Politik hoffnungslos isoliert. Sie sind auf die holländische Arbeiterpolitik ohne Einfluß.

Die Unabhängige Sozialistische Partei (OSP) ist seit der Spaltung schnell weitergekommen und hat sich das Vertrauen und die Sympathie der Arbeiter erworben. Voraussichtlich wird die „Frank“ bald als Tageszeitung erscheinen können. Auf sie richten die Revolutionäre des kleinen Hollands hoffnungsvoll ihre Blicke. Wird sie weiter solche Fortschritte wie bisher machen, wird das holländische Proletariat bald eine Partei haben, fähig, Aktionen auszulösen und den revolutionären Kampf zu führen. Die Einheitsfrontpropaganda wird lediglich von der OSP vorgebracht. Ein Kartell gegen Faschismus und Kriegsgefahr ist gegründet worden, in dem neben der OSP die syndikalistischen Gewerkschaften und einige kleine Arbeiterorganisationen vertreten sind. Gewerkschaften und Sozialdemokratie glauben heute noch, diese Versuche zur Einheitsfront aller Arbeiter sabotieren und Koalitionen und Verhandlungen mit Katholiken und dem Klassengegner vorziehen zu können.

Die Borniertheit wird unter den Auswirkungen der Weltkrise genau so zerbrechen, wie die reformistische Ideologie der deutschen Sozialdemokratie zerborsten und zersprungen ist. Zum Glück für das holländische Proletariat ist die OSP relativ früher und in einer noch etwas günstigeren Situation entstanden als in Deutschland die SAP.

Das Zentrum droht der badischen Sozialdemokratie

Karlsruhe, 25. November.

CNB. Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der badischen Zentrumspartei hielten heute eine Sitzung ab und faßten folgenden Beschluß:

Der erweiterte Landesvorstand und die Landtagsfraktion der Zentrumspartei kamen nach eingehender Beratung einstimmig zu dem Beschluß, daß eine Entscheidung des sozialdemokratischen Parteitag, auf Grund deren die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dem Konkordat von der Stimmabgabe zur Ablehnung übergehen würde, als schwerster Verstoß gegen Treu und Glauben und die politische Moral, als Zerrümmung der Koalitionsgrundlagen und damit als Auflösung der derzeit bestehenden Regierungskoalition zu betrachten sei.

Mit diesem Beschluß der badischen Zentrumspartei soll der außerordentliche Parteitag der badischen Sozialdemokratie unter Druck gesetzt werden. Werden die sozialdemokratischen Funktionäre vor dieser Drohung zurückschrecken? Wir hoffen, daß sie aufrecht zu ihrer Überzeugung stehen werden und den Kampf gegen das Konkordat auf jede Konsequenz hin weitertreiben!

Hochschulkonflikt in Braunschweig Provozierendes Verhalten der Nazi-Regierung

An der Technischen Hochschule in Braunschweig ist ein Konflikt ausgebrochen, der wegen seiner prinzipiellen Bedeutung das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Rektor und Senat dieser Hochschule hatten sich kürzlich genötigt gesehen, den Nationalsozialistischen Studentenbund wegen seiner ständigen Verstöße gegen die Hochschulordnung zu verbieten. Ehe noch dieser Beschluß durchgeführt werden konnte, befahl Nazi-Minister Klagges, dem Rektor, diesen Beschluß sofort außer Kraft zu setzen und keinerlei disziplinarische Maßnahmen gegen Studenten durchzuführen.

Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzung zwischen Rektor und Minister, hat sich jetzt der Rektor gezwungen gesehen, die Flucht in die Öffentlichkeit anzutreten und der Presse eine Erklärung zu übergeben, in der es u. a. heißt, die Disziplin in der Studentenschaft leide seit längerem darunter, daß Volksbildungsminister Klagges die Studentenschaft politisch beeinflusse. Alle Verfügungen, die Rektor und Senat in den letzten Wochen zur Aufrechterhaltung zur Ordnung getroffen hätten, seien auf Veranlassung des Nationalsozialistischen Studentenbundes vom Minister wieder aufgehoben worden. So dürften die Nationalsozialisten gegen den Willen der Hochschulleitung auf ausdrückliche Anweisung des Ministers ständig mit ihren Parteiführern und in Parteiuniformen in der Hochschule aufmarschieren.

Die Erklärung des Rektors hat den Sinn, vor der Öffentlichkeit festzustellen, daß die Verantwortung für die Zustände an der Braunschweiger Hochschule einzig und allein bei dem nationalsozialistischen Minister Klagges liegt.

Werbt Abonnenten!

Völkerbunds-Ohnmacht

WTB, Genf, 25. November.

Der Völkerbundsrat hat sich Freitag nachmittag mit dem bolivianisch-paraguayischen Streit, mit der Grenzfestsetzung im Irak, mit dem chinesisch-japanischen Konflikt und schließlich mit der Danziger Währungsfrage befaßt.

Hinsichtlich des Streites zwischen Bolivien und Paraguay nahm der Völkerbundsrat einen Bericht des Ratspräsidenten entgegen. Es wurde beschlossen, an die Regierungen von Bolivien und Paraguay ein Telegramm zu richten, worin die beiden Länder als Völkerbundsmitglieder an ihre Pflicht erinnert werden, den Kämpfen im Chaco sofort ein Ende zu machen. (Das wird einen Wert haben!)

Bezüglich der Grenzfestsetzung zwischen dem Irak und Syrien nahm der Völkerbundsrat als endgültige Regelung den Grenzverlauf an, der in der Entschließung des Rates vom 9. Dezember 1931 vorgeschlagen worden ist.

Die Verhandlungen über den chinesisch-japanischen Konflikt konnten entgegen den Erwartungen des Völkerbundssekretariats auch heute noch nicht zum Abschluß gebracht werden, da der japanische Delegierte für die Verweisung des Falles an die Völkerbundsversammlung erst die Zustimmung seiner Regierung einholen zu müssen erklärte.

Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch regte an, den gesamten Streitfall an die außerordentliche Völkerbundsversammlung zu verweisen. Der Ratspräsident de Valera unterstützte diese Anregung.

Der japanische Delegierte Matsuoka gab zunächst nur in eigenem Namen zu erkennen, daß Japan keine grundsätzlichen Bedenken mehr gegen die Verweisung der Angelegenheit an die Völkerbundsversammlung habe, vorausgesetzt, daß diese ihre Aufgabe als eine Vermittlerrolle auffasse. — Der Vertreter Chinas erklärte, daß für China eine Anerkennung des Mandschuimperiums niemals in Frage kommen könne. Ebenso wandte er sich gegen eine direkte Verhandlung zwischen Japan und China.

Die endgültige Erledigung der Streitfrage hinsichtlich der zwangsweisen Einführung des polnischen Zlotys auf den Danziger Eisenbahnen am 1. Dezember wurde auf eine der nächsten Sitzungen, die wahrscheinlich am nächsten Montag stattfinden wird, vertagt. Die polnische Regierung hat den Vorschlag, der zur Regelung der Frage vom englischen Außenminister als Berichterstatter gemacht worden war, in den der Ratssitzung vorangegangenen Verhandlungen abgelehnt. Dieser Vorschlag sah u. a. vor, daß die Streitfrage an das ordentliche Verfahren vor dem Völkerbunds-Kommissar zurückverwiesen wird und daß Polen sich verpflichtet, bis zur Erledigung dieses Verfahrens die zwangsweise Einführung des Zlotys auf den Danziger Bahnen zu unterlassen. Der Danziger Ratspräsident, Dr. Ziem, war bereit, den Vorschlag anzunehmen. Zur Klärung der Rechtsfrage, ob in diesem Falle eine action directe vorliegt, soll ein aus fünf Juristen bestehendes Komitee zusammengetreten.

„Der Mann lügt . . .“

Abschluß der Beweisaufnahme im Bullerjahn-Prozeß

(Eigener Bericht der SAZ)

Leipzig, 25. November

Wih. Der große Landesverratsprozeß vor dem Leipziger Reichsgericht neigt sich seinem Ende zu. 5 Zeugen hat gestern der IV. Strafsenat noch angehört, sowie ein Gutachten des militärischen Sachverständigen. Man kann ohne Ueberheubung sagen, daß dieser letzte Tag der Beweisaufnahme für Bullerjahn wohl der günstigste war.

Zunächst wird der Lageroberaufseher Hanke vom Wasserwerk Oberspreewerben vernommen. Dieses Werk gehörte zu den von Gontard geleiteten Fabriken. Bei einem Besuch Gontards mit Hellwig in diesem Werk beauftragt dieser Hanke zur Kontrolle in anderen Werken, ohne der Hanke übergeordneten Direktion davon Kenntnis zu geben. Bei diesen Kontrollen wurde er von Gontard gelobt und ihm die höchsten Stellen versprochen. Jedoch von seinem Direktor wurde Hanke damals gewarnt.

Olauben Sie nicht Herrn von Gontard. Wenn der Mann den Mund auf tut, lügt er.

Hanke schildert dann weiter, wie die Versprechung nicht eingehalten wurde und wie sich mit der Revolution alles änderte. „Ich glaubte“, so sagt Hanke, „daß ich nicht mit der großen Masse auf die Straße flog.“ Doch auch auf ihn wurde keine Rücksicht genommen, obwohl er der fleißige Aufseher war. Die Zeugnisse, welche ihm von Gontard ausgestellt wurden, entsprachen trotz dreimaliger Aenderung nicht der Wirklichkeit.

Es folgen dann die Aussagen der Lagerverwalter Malches und Hirschmeier, welche beide im wesentlichen das Alibi Bullerjahns für den fraglichen 23. Dezember beweisen.

Die Aussage des verstorbenen Direktors Hellwig, welche dann verlesen wird, schildert die Beschlagnahme der Waffen durch die SKK.

Dem Kriminalsekretär Schlag fiel die Aufgabe zu, den französischen Leutnant Johst zu kontrollieren. Er bekundete, daß die Offiziere bis spät abends im Hotel gewesen sind. Von den Drohungen, die Bullerjahn gegen Fischer ausgestoßen haben soll, weiß dieser nichts zu berichten.

Die lebhafteste und bemerkenswerteste Vernehmung brachte das Auftreten des Chauffeurs Karl Gallos, der lange Zeit im Dienste der SKK gestanden hat. Dieser Zeuge war mit seiner in letzter Stunde so bedeutsamen Bekundung sowohl der Reichsanwaltschaft wie auch einigen Herren des IV. Strafsenats unangenehm. Es wurde

darum versucht, ihn immer wieder zu irritieren, aber dieser einfache Arbeiter machte mit viel Sachkenntnis und Ueberzeugungskraft seine Aussagen.

Er hat kurz vor Weihnachten 1922 den Leutnant Johst nach dem Hotel Saxonie gefahren. Da seien zwei Männer an ihn herangetreten und hätten gefragt:

ob er den Leutnant Johst fahre.

Im weiteren Verlauf des Gesprächs, das sich etwa ¼ Stunden ausdehnte, hätten ihn die Unbekannten nach langem Befragen mitgeteilt, daß sie Leutnant Johst sprechen wollten, um über Waffenverschiebungen bei den BKSW. Mitteilungen zu machen. Zwei französische Soldaten hätten die beiden dann mit ins Hotel genommen und erst zwei Stunden später wären sie wieder zurückgekommen. Weiterhin bekundet der Zeuge:

daß Johst mit vielen Deutschen Verbindung hatte.

Auf die Frage, warum er das nicht schon früher mitgeteilt habe, antwortet er: „Ich stellte mir ja etwas anderes vor als Landesverrat!“

Es wird dann noch einmal der Zeuge Dühring vernommen. Dieser war deutscher Verbindungsoffizier bei der IKK. Auch seine Aussagen enthalten nichts Belastendes für Bullerjahn.

Die Verteidigung stellte am Schluß der heutigen Sitzung noch den Antrag, den Agenten Dienz durch den deutschen Konsul in Basel vernommen zu lassen und den Konsul dann in Leipzig aussagen zu lassen.

Die Verhandlung wurde dann auf Sonntag, 9 Uhr, vertagt. Falls der Senat diesen Antrag ablehnt, würde bereits zu diesem Zeitpunkt mit den Plädoyers begonnen werden. Die Verkündung des Urteils würde dann Mitte oder Ende nächster Woche erfolgen.

Heinrich Sklarz verhaftet

Berlin, 25. November.

CNB. Nach monatelangen umfangreichen Fahndungen ist es der Staatsanwaltschaft I Berlin gelungen, heute vormittag den Kaufmann Heinrich Sklarz zu verhaften. Sklarz hatte sich seit kurzer Zeit unter falschem Namen in der Nähe des Kriminalgerichts in einer Wohnung verborgen gehalten. Er ist zunächst in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert worden.

Grauenhaftes Gemetzel japanischer Truppen

2700 chinesische Bauern erschossen

London, 25. November.

Die chinesische Gesandtschaft veröffentlichte am Donnerstagabend einen Bericht, daß nach einer Drahtmeldung aus Nanking japanische Truppen östlich von Mukden 2700 Bauern einschließlich Frauen und Kindern wegen angeblicher Unterstützung der chinesischen Freischärler mit Maschinengewehrfeuer niedergeschossen und drei Dörfer dem Erdboden gleichgemacht hätten. Nur 130 Personen seien mit dem Leben davongekommen.

Nach dem Bericht eines Flüchtlings hätten die Japaner die Bauern aufgefordert, sich auf freiem Felde zu versammeln, um eine Untersuchung wegen angeblicher heimlicher Zusammenarbeit mit den Freischärlern unterzogen zu werden. Statt einer Untersuchung hätten sie den Bauern befohlen, niederzuknien und dann das Maschinengewehrfeuer eröffnet. Die Leichen und Häuser seien verbrannt und die Ernte koreanischen Siedlern zur Verfügung gestellt worden.

Nazi-Demagogie

Beschluß

gegen Trusts und Kartelle

München, 25. November.

CNB. Der Wirtschaftsausschuß des Bayerischen Landtags beschäftigte sich heute mit dem nationalsozialistischen Antrag wegen Beseitigung der preisbindenden Vereinbarungen der Syndikate und Kartelle bezw. Auflösung aller Trusts, Konzerne und Syndikate. Der Ausschuß nahm schließlic folgenden gemeinsamen Antrag der Bayerischen Volkspartei, der Nationalsozialisten und des Bauernbundes an:

Die Staatsregierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß

SAP-Metallarbeiter Berlins!

Versammlung aller im D. M. V. organisierten Metallarbeiter der SAP am Dienstag, den 29. November 1932, im Sekretariat, Magazinstraße 12 a. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Beginn pünktlich 8 Uhr.

In der Kartellgesetzgebung mit rücksichtsloser Strenge Maßnahmen getroffen werden, die die Mißbräuche der Interessengemeinschaften (Kartelle, Trusts usw.) zum Schaden der Volkswirtschaft mit dem Ziele beseitigen, einen Abbau dieser Organisationen der Industrie, des Handels und des Bankwesens zu erzwingen. Nötigenfalls sind solche Interessengemeinschaften durch Zwangsauflösung (?) zu beseitigen.

Die Nazis werden mit diesem Beschluß große Reklame machen. In Wirklichkeit ist dieser Beschluß, wie der ganze Nazi-Antrag, übelste Demagogie, zum Zweck, den Massen Sand in die Augen zu streuen. Die Trusts und Kartelle sind nur durch den Sturz des Kapitalismus überhaupt zu beseitigen. Das wollen selbstverständlich weder die Nazis noch die Bayerische Volkspartei. Sie sind im Gegenteil die brutalsten Verfechter des kapitalistischen Systems.

Oesterreichs Wehrminister für allgemeine Wehrpflicht

Wien, 25. November.

WTB. Der Niederösterreichische Bauernbund hielt heute seine Jahresversammlung ab. Der Bundeskanzler Dr. Dollfuß zog mit etwa 25 000 Mitgliedern des Bauernbundes und zahlreichen Heimwehrabteilungen in geschlossenem Zuge durch die Straßen Wiens in das Versammlungslokal. Minister Vaugin, der die Versammlung als Obmann der Christlich-Sozialen Partei begrüßte, hielt bei dieser Gelegenheit eine Ansprache, in der er zu der Frage der allgemeinen Wehrpflicht erklärte, er sei der Ansicht, daß diese wieder eingeführt werden müsse, aber weniger um das Ansehen Oesterreichs zu erhöhen und um seine Grenzen zu schützen, sondern als bestes Erziehungsmittel für die Jugend des Volkes.

Nationalsozialistischer Mörder verurteilt

Ein Fememord?

Aachen, 25. November.

WTB. Das Schwurgericht verurteilte heute den SA-Mann Martin aus Eschweiler wegen Totschlags zu acht Jahren Zuchthaus. Martin hatte in der Nacht zum 28. Juli seinen Parteigenossen, den SA-Führer Raskin aus Eilendorf mit einem Gummiknüppel schwer verletzt und ihn dann mit dessen eigenem Revolver erschossen. Drei SA-Leute wurden wegen Raufhandels und Waffenvergehens zu fünf bis neun Monaten Gefängnis verurteilt. Martin führte zu seiner Verteidigung an, er habe seinen Parteigenossen für einen Kommunisten gehalten.

Kleine Nachrichten

Kassel, 25. November.

Die Große Strafkammer Kassel verurteilte heute den Schreiner Otto Grebe in Kassel, der im Frühjahr die Verbindung mit einem Geheimagenten einer fremden Macht aufgenommen und diesem die übersandten eingehenden Fragebogen über die Reichswehr teilweise beantwortet hatte, wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr Gefängnis.

München, 25. November.

Die Kommunistische Landtagsfraktion hat einen Antrag im bayrischen Landtag eingebracht, der die sofortige Auflösung des Landtags und die Durchführung von Neuwahlen verlangt. In einem weiteren Antrag wird der Landtag aufgefordert, eine Entschließung zu fassen, wonach die Mitglieder des Landtags auf das entscheidendste gegen das Todesurteil gegen den Arbeiter Bartl in Chemnitz protestieren und die sofortige Freilassung fordern.

Berlin, 25. November.

Die Meldung über die Errechnung eines weiteren Reichstagsmandats für die kommunistische Fraktion im Wahlkreisverband Rheinland-Nord beruht, wie wir vom Reichsinnenministerium hören, auf einem Mißverständnis. Die Gesamtzahl der kommunistischen Mandate hat keine Erhöhung erfahren.

Ohne Geld durch Südamerika

Erlebnisse von Erich Türpe

3) (Nachdruck verboten)

Wir verdingen uns als Arbeiter

Doch es dauert nicht lange, dann war auch dieses Geld aufgebraucht. Mit unseren letzten paar Pesos setzten wir über der Alto Parana nach der anderen Seite Paraguays und kamen nach dem Städtchen Encarnacion. Es regnete unaufhaltsam und dunkelte schon. Wir sahen uns nach Hütten um, in denen Deutsche wohnten, die uns vielleicht Unterkunft und Arbeit verschafften.

Ein Herr, der deutsches Aussehen hatte, kreuzte unsern Weg. Wir sprachen ihn an und baten um Auskunft, wo deutsche Seeleute billigst übernachten könnten. Er stellte sich als ein Herr Engel vor, Agent der französischen Kolonisationsgesellschaft Barthé & Co. Er fragte uns, ob wir Lust hätten, als Pione (Arbeiter) nach der Kolonie San Lorenzo zu gehen. Wir waren heilfroh, daß wir Aussicht auf Arbeit und Verdienst hatten und erklärten uns mit dem Angebot des Agenten einverstanden. Er verwies uns nun nach einem deutschen Restaurant; dort sollten wir erklären, daß wir im Auftrage des Herrn Engel Essen und Uebernachtung haben wollten. Er selbst wollte am nächsten Tage kommen und den Kontakt mit uns abschließen.

Am anderen Morgen erschienen er auch und bezahlte zunächst für uns die Rechnung für einen vorläufigen Aufenthalt, weil erst nach vier Tagen der Flußdampfer nach unserer neuen Arbeitsstätte fuhr. Dann bestellte er uns für den nächsten Tag nach dem Geschäftshaus.

Dort gingen wir dann die Verpflichtung ein, als Holzfäller bei 250 paraguayischen Pesos pro Monat bei freier Station tätig zu sein. Die Verpflichtung galt vorläufig auf sechs Monate; nach Ablauf dieser Zeit sollten wir freie Rückfahrt erhalten. Es wurde uns angetragen, alles, was wir noch brauchten, einzukaufen. Begrüßlicherweise nutzten wir die Gelegenheit aus und kauften uns in diesem Geschäftshaus Hemden, Hosen, Schuhe, Zigarren, Zigaretten, Munition, Revolver und manches andere. Der Gegenwert sollte uns in monatlichen Raten vom Lohn abgezogen werden. Wir hatten für ungefähr 1500 Pesos eingekauft.

In unserem Quartier unterhielten wir uns mit dem Besitzer und verschiedenen anderen Deutschen und hörten, daß die Gesellschaften, welche Portos (Niederlassungen) am Alto Parana haben, stets auf diese Weise ihre Arbeitskräfte werben und binden und sie mitunter bis zu 6000 Pesos Waren entnehmen lassen. Je mehr ein neugeworbener Arbeiter einkauft um so länger muß er nachher Dienste verrichten. Bei unseren Einkäufen schwabte uns der Gedanke vor, wenn uns die Arbeit nicht zuzugunsten sollte, bei bester Gelegenheit abzuhauen. Es wurde uns jedoch gesagt, daß ein Entkommen aus einer solchen Kolonie ein Ding der Unmöglichkeit sei. Wir nahmen trotzdem an, intelligent genug zu sein, um nötigenfalls irgendeinen Ausweg zu finden.

Mit einem Frachtdampfer fuhren wir am Morgen der Arbeitsstelle entgegen.

Auf dem Alto Parana

Der Alto Parana ist ein gewaltiger Strom von großer Breite. Auf der ganzen Fahrt sahen wir rechts und links nur Urwald, hin und wieder von kleinen Holzfallersiedlungen, sogenannten Puertos, unterbrochen. Dieses Land ist sehr fruchtbar. Hier gedeiht Tabak, Mais, Bohnen, Reis usw. Vor allem aber be-

finden sich hier die riesigen Yerbaes, die Mate-Tea-Plantagen dieses Nationalgetränk Südamerikas, die hier gewonnen. Der Fluß selbst ist äußerst fischreich, und in den Wäldern gibt es tausenderlei Tiere.

Im Urwald, der dicht hinter Encarnacion beginnt und sich in einer Länge von weit über 1000 Kilometern und in einer Breite von nahezu 200 Kilometern bis tief hinein nach Brasilien erstreckt, leben noch Zwergindianer. Sie sind äußerst schön und kommen nur selten nach den Ansiedlungen, um dort Waren einzutauschen. Die größten, die ich sah, waren nicht über 1,50 m groß.

Etwa 600 bis 700 Kilometer stromaufwärts von Encarnacion befinden sich die größten und schönsten Wasserfälle der Erde, die Iguaçufälle. Dort gibt es sogar ein Hotel, das von einem Deutschen bewirtschaftet wird.

Die offizielle Landessprache von Paraguay ist Spanisch. Aber daneben wird im ganzen Lande Guany gesprochen, die Sprache der alten Guany-Indios. Im Innern des Landes und zumal im Chaco können viele Paraguayyer nur Guany sprechen.

Sklavenleben in Paraguays Urwäldern

Nach drei Tagen kamen wir an unserem Bestimmungsort an. Wir meldeten uns im Geschäftshaus beim Administrator, einem Elsäss-Lotharinger, der einmal Vizekonsul von Encarnacion gewesen war. In einer Wellblechbaracke, die als Maislager diente, wurden wir untergebracht. Mit Hilfe herumliegender Maisstöße richteten wir uns ein Nachtlager her. Bis elf Uhr mochten wir vor Müdigkeit geschlafen haben. Plötzlich er-

wachten wir durch unzählige Ratten, die an unseren Hosen hochkletterten und uns über das Gesicht ranneten. Schnellstens zündeten wir Licht an und versuchten unsere Umgebung näher in Augenschein zu nehmen. Wir sahen eine Unmenge Ratten, die sich laut quiekend bissen, und ich muß wohl sagen, daß ich noch nie soviel häßliche Tiere -- es mochten Hunderte sein -- beisammen gesehen habe. Es gruselte uns, und um einen ungestörten Schlaf zu finden, verbrachten wir den Rest der Nacht außerhalb der Baracke.

Morgens um drei Uhr wurde geklopft; unser Weckruf. Als erstes Frühstück verabreichte uns der Koch einen Topf Mais und eine Hand voll Galletas, ein knochenhartes Gebäck. Bei Sonnenaufgang rückte dann eine Kolonne von etwa 80 Mann mit Axt und Buschmesser (Machetta) zur Arbeitsstätte aus. Wir waren die einzigen Deutschen, alles andere Paraguayyer und Argentinier.

In der Nähe einer neuerrichteten Kolonie, wo die Anlegung von Zuckerrohr- und Maisplantagen geplant war, füllten wir Bäume. Meine Wandergenossen litten von einer Arbeit, wie sie im Urwald zu leisten war, überhaupt noch keine Ahnung. Aber auch mir fiel die Sache jetzt schwer. Unsere Handgriffe verrieten unser Ungeschick. Gegen Mittag hatte ich nicht weniger als dreißig Blutblasen an den Händen. Trotzdem arbeitete ich weiter bis zum Feierabend. Nach unserer Rückkehr boten wir den Administratoren um ein anderes Quartier, da uns die Ratten den Aufenthalt in dem Maislager unmöglich machten. Seine Antwort lautete, wenn wir unzufrieden wären, sollten wir im Freien karnepieren! Es blieb uns also nichts weiter übrig, als unsere müden Knochen unter freiem Himmel auszustrecken. (Fortsetzung folgt.)

Ungültige Stimmzettel

Bei der letzten Wahl waren es 0,8 Prozent

Die Bekanntgabe des endgültigen amtlichen Ergebnisses der Reichstagswahl ermöglicht auch einen Ueberblick über die Entwicklung der ungültigen Stimmen bei den acht Reichstagswahlen seit 1919.

An ungültigen Stimmen wurden abgegeben bei der Wahl zur Nationalversammlung 124.504, bei der Reichstagswahl 1920: 267.249, Mai 1924: 427.629, Dezember 1924: 414.934, 1928: 412.542, 1930: 254.901, Juli 1932: 279.730 und November 1932: 287.145. Nach einem steilen Anstieg der ungültigen Stimmen bis zur Maiwahl des Jahres 1924, bei der 1,4 Prozent aller abgegebenen Stimmen ungültig waren -- gegenüber einem Vorkriegsdurchschnitt von 0,4 Prozent -- und einem Rückgang bis auf 0,7 Prozent im Jahre 1930 ist

ihre Anteil bei der letzten Wahl wieder leicht, nämlich auf 0,8 Proz., gewachsen.

Man fragt sich: Wie sehen eigentlich die ungültigen Stimmzettel aus und welche Rückschlüsse lassen sie auf die Psychologie der Abstimmenden zu?

Versucht man, die ungültigen Stimmzettel nach Gruppen zu ordnen, so stehen der Häufigkeit nach an erster Stelle die

völlig unbezeichneten Stimmzettel;

dann folgen die Stimmzettel, in denen mehrere oder alle aufgeführten Parteien gekennzeichnet sind. Nicht selten werden auch

leere Umschläge abgegeben. Eine weitere, ebenfalls häufig vertretene Gruppe von Wählern findet es geschmackvoller,

sämtliche Wahlvorschläge zu durchstreichen.

Unter die bisher genannten Kategorien fallen mehr als 80 Prozent aller ungültigen Stimmen überhaupt. Bei ihnen ist die Ungültigkeitserklärung eine Selbstverständlichkeit. Andere Stimmzettel sind ungültig, weil sie zerrissen oder stark beschädigt sind, oder weil der Umschlag nur einen Teil des Stimmzettels etwa eines einzigen herausgeschnittenen Wahlvorschlag enthält.

Der Ungültigkeit verfallen auch solche Stimmzettel, die zwar richtig gekennzeichnet sind, aber noch weitere Zeichen, Bemerkungen oder Gefühlsäußerungen aufweisen (z. B. Heil Hitler oder Heil Moskau!).

Auch wer seinem Temperament in der Weise freien Lauf läßt, daß er dem richtig gekennzeichneten Stimmzettel Flugblätter, Verse, Zeitungsausschnitte und dergleichen beilegt, macht seine Stimme ungültig. Auf dem Stimmzettel darf nur das verzeichnet sein, was zum Ausdruck der politischen Willensmeinung unbedingt nötig ist, wobei die Art der Kennzeichnung freigestellt ist.

Zwei Todesurteile des Bielefelder Sondergerichts

Bielefeld, 26. November.

Das Sondergericht Bielefeld verurteilte in der Nacht zum Sonnabend nach zweitägiger Verhandlung die Einbrecher Petri und Opmeier wegen gemeinschaftlichen Totschlages, gemäß der Feind-Notverordnung vom 9. August 1932 in Tateinheit mit qualifiziertem Totschlag zum Tode.

In den Morgenstunden des 8. Oktober verübten auf der Landstraße Exelhorst bei Bielefeld drei Einbrecher, nämlich Kaleskamp, Petri und Opmeier, auf den Oberlandjäger Tiemann aus Exelhorst einen Feuerhieb und strockten den Beamten nach 11 Schüssen nieder. Kaleskamp hatte nach seiner Entdeckung durch die Polizei Selbstmord durch Erschießen verübt.

Als Gegner der Todesstrafe protestieren wir gegen diese beiden Urteile.

Kutter in der Nordsee untergegangen

Husum, 26. November.

Vor der Insel Föhr ist in der Nacht zum Donnerstag ein Kutter mit einer Ladung Sand untergegangen. Fischer aus Wyk entdeckten das Wrack und konnten die Leiche eines der Insassen bergen. Die Leiche des Schiffbesizers wurde noch nicht gefunden. Der Unfall ist wahrscheinlich auf eine Gewitterbö zurückzuführen, die das vor dem Heimathafen verankerte Fahrzeug leckschlug und zum Sinken brachte.

12 Personen in einem Strohschober verbrannt

Prag, 26. November.

An der Grenze Groß-Prag brannte, wie erst jetzt bekannt wird, in der Nacht zum Montag ein riesiger Strohschober nieder. Bei den Aufräumarbeiten wurden in der Asche verschlossene menschliche Knochen gefunden. Personen aus der Umgebung sagen aus, daß am Tage der Katastrophe 10 bis 12 Personen in dem Schober geschlafen haben sollen.

Korallenriff in Deutschland

Die Römersteine im Südhaz.

In der Nähe von Bad Sachsa im Südhaz liegen die Römersteine, ein Felsgebilde, das in seiner Vielzackigkeit ein ungemein seltsames Gebilde darstellt; und so seltsam wie das Aussehen der Römersteine ist auch das Material, aus dem sie bestehen. Genaue Untersuchungen haben ergeben, daß dieses Felsgestein seinen Aufbau auf jene winzigen Seeherden zurückzuführen hat, die in den Meeren südlicher Breiten die berühmten Korallenriffe bilden.

Die Bildung dieses Korallenriffes erfolgte vor Jahrmillionen, als das Gebiet des jetzigen Mitteldeutschland vom sogenannten Zechsteinmeer bedeckt war. Das Zechsteinmeer lieferte in der Zusammensetzung seines Wassers günstigen Nährboden für die Korallen, und das tropische Klima, das in jenen fernen Zeiten auf der nördlichen Halbkugel unserer Erde herrschte, tat sein Übriges zum Gedeihen der kleinen Seetiere.

Als in einer späteren Periode der Erdgeschichte das Meer verschwand, blieb das Korallenriff als Zeuge längst vergangener Zeiten stehen.

Werbt Abonnenten

Schweigend, fast ergeben, geht sie hinaus, dann bringt sie einen schmutzigen Handfeger und beginnt mit ihm die Tische abzufegen. Ein durchdringender Spülichtgestank verbreitet sich im Zimmer.

Was treibst du, Akssjutka? Du machst doch diese Arbeit nicht zum erstenmal.

Die Holunderbeeren rollen unter den angeschwollenen Lidern, sie geht wieder aus dem Zimmer. Erscheint dann mit einem nassen Lappen und beginnt, die Tische erst recht schmutzig zu machen. Wiederrum Streit.

Akssjutka, das ist eine Gemeinheit. Du schädigst uns mit Absicht.

Schweigend, ohne Rücksicht auf mich zu nehmen, schleicht sie, ohne Ursache, trotz der unsere Zimmer und stört unsere Arbeit. Eines Tages -- ich war in heller Verzweiflung und unterdrückte mit Mühe Tränen, -- faßte ich sie, als wir allein waren, an der Hand, sah ihr fest in die Augen und fragte:

Akssjutka, warum arbeitest du so schlecht? Warum machst du alles zum Trotz? Wodurch haben sich die Kinder an dir veründigt? Was habe ich dir Schlechtes getan?

Sie entriß mir die Hand, wandte sich ab und ging zur Tür. Fast auf der Schwelle überlegte sie es sich und sagte mit heiserer Stimme:

„Alles wächst mir zum Hals heraus... Am liebsten möchte ich blind sein... Ich will nach Hause... Ich hab keine Kraft mehr... Wozu bin ich hier? Meine Hände und meine Seele sind wie blind. Ohne Weg und ohne Stütze stoßen sie überall an... Zu Hause, da hatte ich schon meinen Stützpunkt, meinen eigenen Winkel, meine Sachen, meine Kühle, jetzt hat man mich abgerupft und mich auf die Straße geschmissen, und die Menschen gehen da an mir vorbei und treten mich mit Füßen.“

Ich umfaßte sie und redete auf sie ein: „Tut nichts, Akssjutka. Man muß sich häuten, mein Liebling. Wenn du lernen wirst, dann wirst du vieles erfahren, und dein vergangenes Leben wird dir schmutzig und unmöglich erscheinen. Du bist doch nicht die einzige. Helfen wir doch einander, unser neues Leben einzurichten.“ (Fortsetzung folgt.)



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII.

Plötzlich wurde die Tür aufgerissen, und alle verstummten. Die Mädchen drängten sich im Dunkel, stießen mit den Schultern aneinander und lachten. Sie stürzten alle gleichzeitig in den Saal und schrien:

„Sie will nicht... Sie wollte uns mit dem Besen schlagen... Wir haben es satt...“

Die Versammlung schwieg. Alle waren niedergedrückt. Dunja, die Kuhmagd, sprang auf, sie war jung, hatte freche Augen und herausfordernde Brüste. Spöttisch blickte sie die alten Frauen an.

„Nun, liebe Frauen... Da habt Ihr feine Kopfnüsse bekommen... Man spuckt euch ins Gesicht und ihr sagt, na, es schadet nicht... Gefällt euch das? Geht die Wjetrowa einen Weg mit euch? Ist sie eine Gesellschaft für euch? Nein, liebe Frauen, wir wollen das Leben ganz neu aufbauen... Wir werden mit allen Wjetrowfrauen fertig werden. Wir Frauen haben uns die Freiheit erkämpft und werden um nichts in der Welt uns unsere Freiheit nehmen lassen.“

Jemand lachte tückisch: „So eine Freiheit, wie du eine hast, Dunjascha, hat niemand. Du spielst wie ein Stütchen in einem Pferdell.“

„Was geht das euch an? Bin ich eine Nonne? Was ich tue, tue ich offen, Unzucht treib' ich nicht... Und ihr zerreißt euch die Müler... Na, eure Dorfheiligkeit kennt man zur Genüge...“

Man klatschte ihr stürmisch Beifall. „Laßt uns doch mal lieber unser neues Leben schön aufbauen. Beschließen wir eine

Resolution... Wer nicht einverstanden ist und mit der Wjetrowa unter einem Hut steckt, kriegt einen Fußtritt. Mit der Wjetrowa rechnen wir extra ab. Die Geschichte mit der hängt uns schon zum Hals heraus. Wieviel Schaden hat die schon hier gestiftet! Was heißt das, daß sie Wjetrows Frau ist? Ist sie gegen die Kommune -- dann raus mit ihr... Daß auch nicht ein Färzchen von ihr bleibt.“

Die Tschuschkins erhob sich und wischte sich mit einem Finger die Mundwinkel ab.

„Nun, liebe Frauen, wir haben uns jetzt ausgesprochen. Das war eine gute Versammlung. Auf die Schischkows und die anderen sind wir nicht böse, wir wissen ja, wie schlecht es ihnen geht. Wir sind aber nicht unsere eigenen Feinde. Man muß sich eingewöhnen, meine Lieben, man muß unser Leben von Grund auf ändern. Tun wir es also gemeinsam. Alles wird gut und schön sein. Was die Wjetrowa betrifft, habt ihr recht... man darf sie aber nicht mit bösen Worten erziehen, mit der Peitsche... nein, meine Lieben... Geduld muß man haben... Was ist da zu machen... So muß es versucht werden und anders... Wir sind doch keine Verbrecher, bei uns ist doch kein Zuchthaus.“

Ich stand auf und sprach voller Begeisterung mit den Frauen. Heiße Körper umringten mich, liebe Gesichter. Die Mädchen und jungen Frauen umarmten mich. Und ich wußte in diesem Augenblick nicht, was mit mir vorging. Ich ging in ihnen auf, wuchs restlos in sie hinein.

Damen

Täglich arbeitete ich mit meinen Gehilfen, sie machten einen wirklichen Kurs bei mir durch. Ich leitete die Frauen wie Kinder an: ich gewöhnte sie an Sauberkeit, brachte ihnen Kinderpflege bei, zeigte ihnen, wie man die Kinder auf dem Arm trägt, wie man sie stillt, wickelt, wie man sie in den verschiedensten Augenblicken ihrer Stimmungen und ihrer Wißbegierde zu behandeln hat. Ich zog ihnen weiße Kittel an und weckte in ihnen das Bedürfnis, die Zimmer in blitzender Sauberkeit und Frische zu halten. Es fiel ihnen schwer, sich daran zu gewöhnen, es gab auch eine

Zeit, wo ich genau fühlte, daß einige von ihnen eine Verschwörung gegen mich organisierten; finster und feindselig bemühten sie sich, das Gegenteil von dem zu tun, was notwendig war, oder nichts zu tun. Eines Tages versammelte ich sie alle, und wir sprachen uns erregt miteinander aus. Meine Stütze war Natascha. Die anderen, launisch, gereizt, mit roten Flecken auf den Wangen, strampelten wie kleine Kinder, zankten miteinander und schimpften auf mich. Ich blieb aber ruhig und fest.

„Sind wir denn wirklich garz blöd? Dies ist schlecht und jenes nicht recht. Sind wir Leibeigene? Die Kinder sind unsere Kinder, es sind keine Herrschaftskinder. Schaut mal, wie die Kinder im Dorf leben: fressen, was ihnen gerade unter die Hände kommt. Wälzen sich mit den Schweinen im Dünger herum. Wir beschäftigen uns viel zu viel mit dieser Verzärtelung, mit Sauberkeit. Zu gebildet ist das alles...“

Natascha und ich redeten viel mit ihnen, diskutierten, regten uns auf. Unsere Diskussionen führten immer zu ein und demselben Ergebnis: bis zu den Wurzeln müssen wir uns ändern; der Anfang ist schwer, später werden wir aber gar nicht anders leben wollen. Früher lebten wir schlecht, lebten wie die Schweine. Man hielt uns nicht für Menschen. Jetzt haben wir uns alle Menschenrechts erkämpft, und dieses Recht, über unser Leben zu verfügen, müssen wir rechtfertigen.

Doch auch jetzt muß ich noch immer gegen den hartnäckigen Widerstand dieser Dorfgewohnheiten kämpfen.

Besonders trotzig und geradlinig in ihren Handlungen ist Akssjutka, eine magere junge Frau mit breiten Backenknochen und kleinen schwarzen Auglein, die trüb sind und matt wie Holunderbeeren. Sie hat einen trägen, wankenden Gang, ist schwer und schweigsam und verachtet alle. Sie haßt mich dumpf, undurchdringlich, mit tierischer Verstocktheit. Sie hat irgendein krankhaftes Bedürfnis, alles verkehrt zu machen.

„Bring die Tische sofort in Ordnung Akssjutka. Die Kinder müssen jetzt Handarbeiter machen.“

Der Zusammenbruch

Kinderelend im Ruhrgebiet - Die reaktionären Stadtverordneten

Aus der Stadt Herne, die von den Industrieländern Rheinlands und Westfalens am stärksten vom Arbeitslosenehend betroffen ist, wird gemeldet, daß 1500 Schulkinder seit langem nicht mehr die Schule besuchen können, weil sie weder Schuhe noch andere Kleidungsstücke der Jahreszeit entsprechend besitzen. Die Stadt Herne ist nicht in der Lage, die nötigen Kleidungsstücke zu besorgen.

Die aus bürgerlicher Mehrheit bestehenden Fraktionsführer der Stadtverordneten in Bottrop haben einen Antrag der SPD und KPD auf Winterhilfe und Fürsorge für die Wohlfahrtsverbände abgelehnt. Ebenso lehnten sie einen Antrag der IAH ab, der eine städtische Untersuchung forderte, wie viele Kinder ohne warmes Morgengetränk und ohne Frühstück zur Schule kommen, und darüber, wie vielen Kindern der Schulbesuch infolge Kleidermangel nicht mehr möglich ist.

Die Herren scheuen wahrscheinlich, mit einer grauenvollen Statistik an die Öffentlichkeit treten zu müssen, da zu erwarten ist, daß diese Tausende solcher Kinder aufführen würde.

In der Gemeinderatssitzung der Gemeinde Ennigerloh, Lippe, wurde die Beschlussfassung über einen Antrag auf Sonderzuschuß für Kleidung, Kartoffeln und Kohlen von dem Gemeindevorsteher mit der Begründung abgelehnt, daß der diktierte Haushaltsplan derartige Ausgaben nicht zulasse.

Unfallsteigerung im Ruhrbergbau

Das Oberbergamt Dortmund veröffentlicht eine Zusammenstellung der im letzten Vierteljahr sich zugehörigen Unfälle, die im Oberbergamtsbezirk nicht weniger als 6577 betragen; auf 1000 Beschäftigte entfallen demnach 42,73 Unglücksfälle. Tödliche Unglücksfälle wurden insgesamt 92 registriert, gegen 63 im vorigen Vierteljahr. Trotz veringertes Belegschaft ein Steigen der Unglücksfälle; bereite Zahlen für das ständig scharfer werdende Anhebersystem!

Steigende Elendkurve im Siegerland

Der Ruin der Siegerländer Gemeinden vollzieht sich mit rasender Schnelligkeit. Sämtliche politische Parteien, Gewerkschaften und andere Verbände des Wirtschaftsgebiets Klafeld-Geisweil haben eine dringende Eingabe um Hilfe an die Reichs- und Landesregierungen gesandt. Die Gemeinden sind vollständig bankrott.

95% der männlichen Bevölkerung liegen auf der Straße. 70% der Gesamtbevölkerung beziehen Wohlfahrtsunterstützung.

Beamtengehälter konnten seit 1. Oktober nicht mehr gezahlt werden, Handel und Gewerbe liegen vollständig darnieder. Gemeinden mit wenigen tausend Einwohnern haben Defizits von 40 bis 50 Millionen Mark.

In Klafeld können schon keine Unterstützungen mehr ausbezahlt werden. Zu allem Elend hat sich in den Gemeinden eine Diphtheritis-Epidemie verbreitet. Die Gesundheitsämter bezeichnen den Gesundheitszustand der Bevölkerung als besorgniserregend.

Zahlreiche Volksschulen sind geschlossen worden, da kein Heizmaterial mehr zur Verfügung steht.

Lakaien des Reformismus

Wie die KPD der SPD zum Siege hilft

Im Dresdner Konsumverein fanden die Vertreterwahlen statt. Für jeden Revolutionär ist es selbstverständlich, daß dem Reformismus, der auch auf diesem Teilgebiet verheerende Folgen für die Arbeiterschaft brachte, entgegengetreten werden mußte. Anders aber war die Meinung der KPD. Im Städtteil Reich traten unsere Genossen an die KPD zwecks Aufstellung einer oppositionellen Liste heran. Ergebnis: Strikte Ablehnung! "Wenn ihr etwas wollt, so tretet in die KPD ein!" Uns blieb nichts weiter übrig, als eine SAP-Liste einzureichen, während die KPD die Hände in den Schoß legte und — nichts tat. Unsere Liste erhielt 83 Stimmen, die SPD-Liste 109. Wer nun geglaubt hätte, daß sich die KPD für die oppositionelle Liste einsetze, irrt sich gewaltig. Alle prominenten KPD-Funktionäre blieben der Wahl fern, so daß sie im wahrsten Sinne dafür sorgten, daß die SPD-Liste die Mehrheit erhielt und damit gewählt wurde. Zur Ehre einiger KPD-Genossen soll aber gesagt werden, daß sie sich genug eigenes Denken bewahrt haben, um einen solchen Irrsinn nicht mitzumachen. Sie stimmten für die oppositionelle Liste.

Noch schändlicher aber war die Rolle der KPD im Städtteil Dobritz. Da sie auch hier vollkommen apathisch den Dingen gegenüber stand, organisierten in letzter Minute unsere Genossen gemeinsam mit KPD-Genossen eine oppositionelle Liste. Erfreulicherweise waren sich hier einige KPD-Genossen der Bedeutung dieser Angelegen-

heit bewußt und erklärten sich einverstanden, mit auf der oppositionellen Liste zu kandidieren. Nach Lage der Dinge war damit ein Sieg der oppositionellen Liste von vornherein gesichert. Doch das lag nicht im Sinne der KPD-Instanzen. Am Tage vor der Wahl wurden die auf der Liste stehenden KPD-Genossen aufgesucht, ihnen unter Androhung des Ausschlusses die schriftliche Rücktrittserklärung von der Kandidatenliste abgenommen und der Geschäftsbetrieb des Konsumvereins zugestellt.

Das Ergebnis war, daß am Tage der Wahl die oppositionelle Liste wegen Unvollständigkeit ungültig erklärt wurde. Mangels einer Gegenliste war damit die sozialdemokratische Liste gewählt.

Da von uns natürlich die notwendige Propaganda für die Wahl der oppositionellen Liste gemacht worden war, fanden sich eine große Anzahl von Wählern in der Verteilungsstelle ein, um ihr Wahlrecht auszuüben. Sie erhielten dort von unseren Genossen die entsprechende Aufklärung über die Rolle der KPD. Kopfschüttelnd und zum Teil empört gingen viele KPD-Genossen nach Hause; immer mehr zu dem Erkenntnis kommend, daß auch hier — wie auf vielen anderen Gebieten — die KPD die Geschäfte des Reformismus besorgt.

Genossen der KPD! Wie lange wollt ihr euch noch von einer gewissenlosen Bürokratie vor den Karren des bankrotten Reformismus spannen lassen?

FAD als Rekrutenschule für Reichswehr

Deshalb sind die Gewerkschaftsführer dafür!

Am Donnerstag voriger Woche fand eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler, Verwaltungsstelle Breslau, statt. Der kleine Saal des Gewerkschaftshauses war mäßig besetzt. Kollege Kilian berichtet von der Konferenz des Verbandsbeirats in Hamburg:

Die große Arbeitslosigkeit in unserm Beruf (z. B. in Breslau 90 Prozent) zwingt zu großen Sparmaßnahmen. Für die Mitgliedschaft bringt die Änderung der §§ 15 bis 29 des Statuts ganz erhebliche Verschlechterungen der Unterstützungen. Aber auch an den Verwaltungskosten würde außerordentlich gespart, indem sie um 46 Prozent herabgesetzt worden seien. In drei oder vier Filialen seien die Angestellten abgebaut worden. Die Gehälter der Angestellten seien teilweise um 46 Prozent abgebaut, also mehr als der Tariflohn der Kollegen. Da auch jetzt Arbeitslose in den Verband aufgenommen werden (endlich Erfüllung einer unserer Forderungen), hofft die Leitung auf eine erfolgreiche verstärkte Werbung neuer Mitglieder. Ganz besondere Aufmerksamkeit müsse der Organisation der Lehrlinge und Jungkollegen gewidmet werden.

Der einzige Diskussionsredner aus den Reihen der Mitgliedschaft, unser Genosse Gryzmehle, kritisierte unter anderem die falsche Einstellung der Gewerkschaften zum freiwilligen Arbeitsdienst, sowie ihre Staat-

bejahung und streifte auch kurz das Verhalten beim Berliner Verkehrsstreik. Diese Kritik wurde am Vorstandstisch unangenehm empfunden und veranlaßte die Kollegen Wagner und Nährich, die Ausführungen Gr. zu entkräften. Gegen die Teilnahme am FAD habe sich unsere Organisation anfänglich ablehnend verhalten. Um aber den Einfluß auf die sich zum FAD drängenden Jungkollegen nicht zu verlieren, habe man sich eingeschaltet. Übrigens, so erklärte der Redner, wäre zu bedenken,

daß zur Auffüllung der Polizei und Reichswehr nur Personen aus den durch das Reichskuratorium für Jugendertüchtigung gedrückten Arbeitsdienstwilligen vorgenommen wird. Wo bliebe also unser Einfluß in diesen Institutionen, wenn wir nicht dabei wären? (II)

Ist das vielleicht der neue Weg zur Erreichung von staatlichen Machtpositionen? Die Kollegenschaft kann nicht scharf genug dagegen Stellung nehmen, denn es heißt nichts anderes, als daß man auch auf dem Gebiet der militärischen Verseuchung der Jugend die Konkurrenz mit den Nazis und Stahlhelmen aufnehmen will.

Werbt Abonnenten

Verschlechterung des Arbeits-, „Rechts“

Entscheidungen

des Reichsarbeitsgerichtes in der letzten Zeit

Die Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichtes sind in der letzten Zeit der Veränderung der politischen Verhältnisse entsprechend ziemlich stark verändert, d. h. durchweg zuungunsten der Arbeiter verschlechtert. Aus diesem Grunde hatte der ADGB die freigewerkschaftlichen Arbeitsrichter zusammengerufen, um mit ihnen die letzten Entscheidungen des Arbeitsgerichtes zu besprechen. Aus den in der Sitzung behandelten Urteilen wollen wir einige wichtige kurz berichten:

Das Reichsarbeitsgericht hat sich in der letzten Zeit auf den Standpunkt gestellt, daß infolge der Krise den veränderten Verhältnissen Rechnung getragen werden muß, und ein Lehrvertrag infolge Konkurs oder Geschäftsaufgabe gekündigt werden kann. Der Lehrling kann zwar Schadensersatzansprüche stellen, doch wird er, da die Forderung nicht vorbereitet ist, selten etwas erhalten. Noch viel schlimmer wirkt sich diese Auffassung bei den Dauerangestellten des Magistrats aus. Da hier die schlechte Finanzlage der Städte ein „wichtiger“ Grund zur Lösung des Arbeitsverhältnisses ist.

In der Frage der Stilllegung von Betrieben hat das Reichsarbeitsgericht entschieden, daß auch bei einer Saison-Stilllegung alle Rechte der Arbeiter aufgehoben sind, da bei Anknüpfung der Stilllegung zwar mit einer Neueröffnung zu rechnen sei, aber der Zeitpunkt des Stilllegungsantrages für die Stellungnahme des Arbeitsgerichtes maßgebend sei (21. 9. 32).

Tarifverzicht

In der letzten Zeit ist es üblich geworden, daß infolge wirtschaftlichen Druckes, die untermittliche Bezahlung immer mehr um sich greift. Das Reichsarbeitsgericht hat in der letzten Zeit öfters entschieden, daß der Nachweis des wirtschaftlichen Druckes durch den Arbeiter erfolgen muß. Demgegenüber hat das Landesarbeitsgericht Berlin entschieden, daß der Beweis durch den Unternehmer erfolgen muß, da die tatsächliche Erfahrung lehre, daß kein Arbeiter ohne Grund auf seine tariflichen Ansprüche verzichte.

Entlassung wegen politischer Einstellung Anwendung des doppelseitigen Nazi-„Rechts“

Die Klassenjustiz des Reichsarbeitsgerichtes zeigt sich ganz besonders in dieser Frage. Am 8. Oktober 1932 hat das RAG die Entlassung von zwei Postbeamten, die Mitglieder des Sportvereins Fichte, der auf revolutionärem Boden steht und der „roten Sporteinheit“ angeschlossen ist, waren gutgeheißen, da es der Post nach Auffassung des RAG nicht zugemutet werden könne, Beamte zu beschäftigen, die in Organisationen sich befinden, die den Staat ablehnen und auf revolutionärem Boden stehen. Andererseits hat das RAG das Urteil des Landes-Arbeits-Gericht (LAG) aufgehoben, das die Entlassung eines Försters, der in gemeiner Weise gegen Staat und Reichsregierung aufgetreten war, gebilligt hatte. Das RAG hat die Sache zurückverwiesen, da zu prüfen sei, ob nicht vom Arbeitgeber willkürlich gehandelt worden sei.

In der Sitzung der freigewerkschaftlichen Arbeitsrichter wurde noch darauf hingewiesen, daß bei verkürzter Arbeitszeit auf Grund der Rechtsprechung des RAG der Urlaub nur verkürzt bezahlt werden brauche, da für die Bezahlung des Urlaubs die Arbeitszeit des Betriebes maßgebend sei. Es sei denn, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nur zum Zwecke des Ersparnisses beim Urlaub angekündigt worden sei. Auch für

Lehrlinge kann Kurzarbeit angekündigt werden.

Falls im Tarifvertrag schriftliche Kündigung vereinbart sei, sei dies zwingend. Maßgebend für den Tag des Erhaltes des Einschreibbriefes sei nicht die Nachricht, daß er vorliege, sondern die Zustellung. Bei fristloser Entlassung kann, wenn Einspruch auf Grund § 87 des BRG erfolgt, Vertragsklage, d. h. Klage auf Bezahlung bis zum Ablauf der Kündigungsfrist, nicht erfolgen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß in solchen Fällen der Arbeiter beide Klagen einreicht und die Vertragsklage bis zur Entscheidung der Einspruchsklage aussetzen läßt.

Die Behandlung der letzten Entscheidungen des RAG haben gezeigt, daß der Traum, daß das Arbeitsgericht „gerecht“ und im Interesse der Arbeiterschaft entscheidet, nicht zutrifft und daß genau so wie in der allgemeinen Justiz auch das Arbeitsgericht ein Organ des Klassenstaates ist und in seinen Urteilen danach handelt.

Eine Rede Warmbolds

Der Reichswirtschaftsminister Warmbold, der Vertreter der Chemie-Interessen innerhalb der zurückgetretenen Papen-Regierung, hat in der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin einen Vortrag über die Lage in Deutschland gehalten, in der er sich, wenn auch in vorsichtiger Form, gegen eine vollständige Abkapselung Deutschlands vom Weltmarkt, also gegen die Prediger einer vollständigen deutschen Autarkie, aussprach. Zugleich aber ist bemerkenswert, daß Warmbold, wenn auch hier in ziemlich verhüllter Form, inflationärischen Maßnahmen das Wort redete. Er empfahl nämlich weitere Krediterleichterungen seitens der Regierung, und zwar „nicht unbedingt über den Weg der Handelswechsel“. Das heißt aber nichts anderes als Notenvermehrung, wie sie ja auch die Nationalsozialisten propagieren. Herr Warmbold hat sich durch seinen Vortrag offenbar für die neue Regierungsbildung ins rechte Licht rücken wollen.

Zum Tode Hermann Müller-Lichtenberg

Zum Tode dieses Gewerkschaftsvertreters und waschechten Reformisten ist interessant, einen Nachruf zu registrieren, der in dem „Arbeitgeber“ vom 15. d. Mts. enthalten ist. Es wird dort gesagt:

„Unser Landsmann Hermann Müller gehört zu den besten Deutschen, die in Genf auf Vorposten standen und schon seit der Zeit vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund dort in unermüdlicher Kleinarbeit für die Stärkung unseres Vaterlandes gewirkt haben.“

Dieser Nachruf atmet den Geist der Arbeitsgemeinschaft, aus ihm spricht der Volksgemeinschaftskleider der Unternehmer. Wir kritisieren Hermann Müller nicht als Mensch, sondern als Politiker und hier müssen wir feststellen, daß auf Grund des angezogenen Nachrufs der Arbeitgeber zumindest Zweifel über die Wirkung seiner Arbeitervertretung berechtigt sind. Schon Bebel hat das Wort geprägt: „Wenn mich meine Feinde loben, stimmt etwas nicht.“ Die gegenwärtige Gewerkschaftsführung wird wohl ausnahmslos ein solches Lob unserer Klassenfeinde verdienen.

Verantwortlich: Paul Hanneck, Breslau; Inserate: Herbert Scholz, Breslau. Verlag Max Rausch, Breslau. Lohndruck: Th. Schatzky AG., Breslau, Neue Grubenstraße 7. Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3. I. Treppe, Telefon 206 02. Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Geburt, Breslau 6, Kleine Holzstraße 3. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Konto Nr. 102 92.

Sparen heißt Vorbeugen!

Städtische Spartasse zu Breslau

Sie randallieren weiter

Nazistudenten, die Söhnchen besserer Eltern, die auf Grund des großen Geldbeutels ihrer Väter in „Studium machen“...

Ein Opfer des § 218

In Tepliwoda verstarb vor einigen Tagen plötzlich die 32jährige Frau Ida Stache, Mutter von sechs Kindern...

Die Tragödie einer Mutter mit 6 Kindern. Weil sie bei dem Elend und dem Hunger kein siebentes Kind haben wollte...

Filmveranstaltung der PKG

Es läuft der Film „Der Mann, der das Gedächtnis verlor“ und „Chaplin als Polizist“...



Die vier Nachrichten: „Hier irrt Goethe“ Die „4 Nachrichten“ sind 4 Münchener Theaterstudenten...

Gewerkschaftsnachrichten

Deutscher Metallarbeiter-Verband Betriebsräte und Vertrauensleute: Dienstag, den 29. Nov., 19.30 Uhr...

Schwierige Rettungs-Arbeit

Zu dem Grubenunglück auf den Delbrückschächten — Einer der Kumpels mit den Füßen unter einem Felsblock — Bergung erst heute Nacht — Von den anderen kein Lebenszeichen mehr

Hindenburg, 25. November. Ueber den Stand der Rettungsarbeiten im Redensfösz der Delbrückschächte erfahren wir, daß inzwischen festgestellt werden konnte...

In der Nähe von Woitkowski liegt der Füller Kubitzka aus Hindenburg, der aber anscheinend nicht mehr am Leben ist...

Ob er bereits tot oder nur ohnmächtig ist, konnte die Rettungsmannschaft bisher noch nicht ermitteln. Im Augenblick ist die Aufmerksamkeit und die Arbeit der Rettungsmannschaft auf dem Teil östlich vom Bunker gerichtet...

Ein Kumpel halb gerettet

Hindenburg, 25. November. Bei den Rettungsarbeiten auf den Delbrückschächten wurde gegen 20 Uhr der Füller Woitkowski freigelegt...

„Nichts geboten worden“

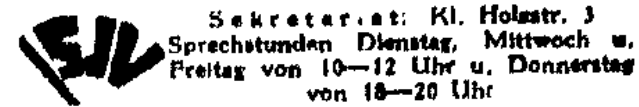
Von der Versteigerung der Wenceslausgrube

Neurode, 25. November. Das Wolfsche Telegraphenbüro meldet: Vor dem Amtsgericht in Neurode stand Freitag vormittag der Termin zur Zwangsversteigerung der Wenceslausgrube an...

stes Bargebot den Betrag von rund 6100 RM. fest, der sich fast ausschließlich aus Kosten des bisherigen Verfahrens zusammensetzt. In der einstündigen Bietungszeit, die nunmehr vom Gericht angesetzt wurde...



SAP Bezirk Mittelschlesien, Sekretariat Breslau, Kleins Holzstraße 3, Telefon 367 68. Distriktsführer u. Kassierer: Nächste Woche ist die Abrechnung fällig!



Sekretariat: Kl. Holzstr. 3 Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr. Achtung! SIV-Mitglieder! Am Sonntag früh ist es die Pflicht eines jeden Mitgliedes...

Wer mit der Zeit geht Jede Stunde des Tages gehört der Juno! Gleichgültig wo, gleichgültig wann, immer und überall treffen Sie auf die gute JUNO. Das sind Tatsachen, die stärker als Worte dafür sprechen, daß unser Grundsatz: „Alles für die Qualität“ und nichts für Wertmarken, Gutscheine oder Stickereien, von der Raucherwelt anerkannt wird. Juno wirkt nur durch ihre Güte!

Die Auswirkung der Krise auf die Frauen

Von Dr. Käthe Frankenthal

Wir haben die Genossin Frankenthal die als Fürsorgeärztin in einem proletarischen Bezirk Berlins täglich in enger Berührung mit den Nöten der Arbeiterfrauen und -kinder steht, gebeten, uns aus ihrer reichen Erfahrung zu berichten. Die Red.

Die Statistik der Eheschließungen in den verschiedenen Wirtschaftsperioden gibt einen anschaulichen Beweis dafür, daß die Ehe nicht eine heilige, sondern eine eminent wirtschaftliche Angelegenheit ist.

Im Jahre 1913 wurden 513.283, also etwas über eine halbe Million Eheschließungen verzeichnet. Während des Krieges fiel die Kurve steil ab und erreichte 1915 ihren Tiefpunkt mit 278.203. Nach dem Kriege setzte eine wahre Eheschließungsflut ein. Im Jahre 1919 wurden 814.339, 1920 sogar 894.978 Ehen geschlossen. Merkwürdige Aussichten eröffnen sich, wenn man sich vorstellt, daß es in diesem Tempo hätte weiter gehen können. Die wirtschaftliche Inflation setzte aber dieser Entwicklung ein jähes Ende. Und 1924 war die Zahl der Eheschließungen um mehr als die Hälfte, auf 440.039, herabgesunken. Das Jahr fünf des wirtschaftlichen Aufschwungs, 1925 bis 1929, brachte wieder ein jähes Ansteigen der Eheschließungsziffern bis auf 589.611. Die beginnende Wirtschaftskrise drückte sogleich auch die Zahl der neuen Ehen herab, die letzte festgestellte Zahl, die für 1931, beträgt 515.411, die für 1932 dürfte noch erheblich tiefer liegen.

Immerhin wurde 1931 noch mehr geheiratet als 1913 (1913: 7,7‰, 1931: 8,9‰). Besonders den Männern scheint das Heiraten durchsichtiger zu sein. 1930 heirateten 64.604 Männer wiederholt (Verwitwete und Geschiedene), dagegen nur 32.291 Frauen.

Setzt man die Zahl der Eheschließungen bezogen auf 1000 Ledige im Jahre 1910 gleich 100, so heirateten 1930 von den jüngsten Jahrgängen Männer von 18-21 Jahren 200 bis 229. Die Zahl sinkt in den höheren Altersstufen erheblich unter 100 und liegt erst vom 29. Jahre an wieder dauernd über 100, im Alter von 40-60 Jahren 154-176. Die Zahl der vor dem 21. Lebensjahre heiratenden Männer fällt trotz des Anstiegs nicht ins Gewicht. Die Zahlen beweisen aber, daß die von vielen Bevölkerungspolitikern gewünschten Frühheiraten durch die Krise verhindert werden, und die Männer sich erst in relativ vorgerücktem Alter entschließen, einen Hausstand zu gründen.

Bei den Frauen liegen die Zahlen bis zum 40. Jahr durchweg unter den entsprechenden Zahlen von 1910 und steigen im Alter von 40-60 Jahren an, aber nur bis 133, also erheblich weniger als bei den Männern.

Die Gründe dafür sind mannigfaltig, liegen aber zum großen Teil auf sozialem Gebiet. Die Ehe bedeutet heute für die Frau keine Versorgung mehr, sondern meist dreifache Belastung: Pflichten als Hausfrau, als Mutter und als Miternährer der Familie. Es ist eine Erscheinung der Krise, der Erwerbslosigkeit und des Lohnabbaues, daß immer mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkte erscheinen. Meist pochen sie dabei nicht auf das Recht, einen gewählten Beruf auszuüben, sondern sie fügen sich dem Zwange, einen Verdienst zu suchen, da der Verdienst des Mannes zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht.

Nun sind zahlreiche Kräfte am Werke, um die „Arbeitslosigkeit zu beheben“. Arbeit beschaffen können sie zwar nicht, Löhne, bei denen eine Familie existieren kann, werden erst recht nicht gezahlt, aber Arbeitsplätze will man freimachen für Männer, indem man die Frauen ausschaltet. Für die arbeitende Frau hat man den aufreizenden Namen „Doppelverdiener“ gefunden. Die Frau verdient gar nicht doppelt, sie verdient meist nur einen Hungerlohn — aber der Kampf gegen die Doppelverdiener richtet sich weit mehr gegen die Arbeiterin, als gegen diejenigen, die wirklich doppeltes Einkommen haben, z. B. als Bezieher hoher Pensionen mit noch einem stattlichen Einkommen als Aufsichtsrat oder ähnliches.

Nach der letzten Zählung sind in Deutschland 3,5 Millionen verheiratete Frauen erwerbstätig, die über große Mehrzahl davon als mithelfende Familienangehörige, Hausangestellte und in anderen Berufen, wo sie durch eine männliche Arbeitskraft nicht ersetzt werden können. Es verbleiben etwa 200.000 Frauen, die ersetzt werden könnten, und diese Frauen sind meist keine Doppelverdiener. Der Fabrikarbeiterverband hat einmal eine statistische Erhebung gemacht, die folgendes ergibt: Es waren Ehefrauen erwerbstätig bei einem Wochenverdienst des Ehemannes:

bis 12 Mark	42 Prozent
19 bis 21 Mark	25 Prozent
über 35 Mark	9 Prozent

Die Frau arbeitet also meist, weil der Lohn des Mannes unzureichend ist. Diese Notlage der arbeitenden Frau, die für eine Familie verantwortlich ist, wird von den Unternehmern zur infamsten Lohndrückerei ausgenutzt. Der Ruf „Gleichen Lohn für gleiche Leistung“ ist zwar von den Gewerkschaften oft erhoben worden. Wäre der Ruf allein ein wirksames gewerkschaftliches Kampfmittel, nun, dann hätten die Gewerkschaften schon viel erreicht. Leider verhalten aber diese Rufe,

ohne jemandem wehe zu tun, und das Institut für Konjunkturforschung konnte feststellen, daß

29 Prozent der Arbeitnehmer Frauen sind, daß aber ihr Anteil am Arbeitnehmerlohn nur 18 Prozent

beträgt. Diese Zahlen beweisen, daß die Forderung nach gleichem Lohn keine Frauenfrage ist, sondern eine Forderung der Arbeiterschaft sein muß. Sind so billige Arbeitskräfte vorhanden, so wird der Unternehmer sie ausnutzen und durch ihre Konkurrenz einen Druck auf die Gesamtlöhne ausüben. Darum gehört die arbeitende Frau in die Gewerkschaft, um dort für die Wahrnehmung ihrer Interessen zu kämpfen und auch diejenigen männlichen Kollegen dafür zu mobilisieren, die noch nicht begriffen haben, daß es auch hier um einen Kampf für Arbeiterrechte geht, der die Solidarität aller erfordert.

Besonders rühlig in dem Bestreben, die Frauen aus den Arbeitsplätzen zu verdrängen, ist neben den Nazis das Zentrum. Sein Kampf richtet sich nicht nur gegen die verheiratete Frau, auch ledige Frauen wollen sie nur in Arbeitsstellen dulden, wenn sich durchaus niemand findet, dem man ihren Unterhalt aufbürden könnte. Der Reichstag hat bereits einen Antrag des Zentrums angenommen, durch den die verfassungsmäßigen Rechte, die auch der Frau als Beamtin zugesichert sind, aufgehoben werden. Die Reichsbeamtin ist jederzeit auf ihren Antrag hin zu entlassen, die Behörde kann auch ohne Antrag die Entlassung verfügen, wenn nach der Höhe des Familieneinkommens die Versorgung „dauernd gesichert“ erscheint. Auch die Sozialdemokraten haben dem Antrag zugestimmt, obwohl sie ja stets ihre Forderung nach „Gleichberechtigung“ im Munde führen. „Auf eigenen Antrag entlassen“ — das klingt sehr harmlos — aber aus der Praxis kennt man die Druckmittel, die eine Behörde hat, um die Beamtin zu einem solchen „freiwilligen“ Antrag zu veranlassen. Ein beliebtes Mittel ist z. B. die Versetzung in einen andern Wohnort, wobei der Beamtin nur die Wahl bleibt, sich von der Familie oder vom Amte zu trennen. Statt Pension erhält die Beamtin eine einmalige Abfindung. Die „unanastbaren Rechte der Beamtin“ existieren somit für die Frau nicht mehr!

Die verheiratete Arbeiterin verliert nicht die Pflicht, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zu zahlen, sie verliert aber ihre Ansprüche an die Versicherung. Sie erhält nur Unterstützung, wenn sie als „bedürftig“ anerkannt wird, die Prüfung erfolgt nach den Grundsätzen der Krisenfürsorge. Diese Prüfungen haben immer mehr die Tendenz, die Lasten der Öffentlichkeit abzunehmen und auf die Familie abzuwälzen. Sind noch Kinder

oder alte Eltern vorhanden, die etwas Einkommen beziehen, so wird die Frau gezwungen, sich von ihnen ernähren zu lassen. Wie so oft, zeigt sich auch hier, daß die

Entrechtung der Frau nur der erste Schritt zur Entrechtung der gesamten Arbeiterklasse

war. Die allgemeine Arbeitslosenversicherung ist bereits auf sechs Wochen abgebaut worden und die allgemeine Bedürftigkeitsprüfung eingeführt.

Von dem Abbau in der Krankenversicherung werden ebenfalls in erster Linie die Frauen getroffen. Von der Krankenscheingebühr befreit sind nur die Hauptunterstützungsempfänger. Ein Arbeitsloser kann für sich selbst also noch kostenfrei einen Krankenschein bekommen, erkrankt aber seine Frau oder sein Kind, so muß er die Gebühr bezahlen. Die Familienversicherung ist zwar offiziell eingeführt, gegenüber dem früheren Zustand bedeutet das aber keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Die meisten Kassen hatten bereits freiwillig die kostenlose Versorgung der Familienangehörigen eingeführt. Jetzt ist außer der Krankenscheingebühr noch die Hälfte der Arztkosten zu zahlen, und die Behandlung wird nur 13 Wochen gewährt! Das Krankengeld beträgt nur die Hälfte des Grundlohnes und das Hausgeld die Hälfte des Krankengeldes. Muß ein Versicherter Krankenhausbehandlung in Anspruch nehmen, so erhält die Frau also ein Viertel des Grundlohnes — bei der heutigen Lohnhöhe kann sie damit nicht einmal die Miete bezahlen! Regierungsvertreter und Ärzte stellen bereits wieder fest, daß trotz der wirtschaftlichen Not ungünstige Einflüsse auf die Volksgesundheit nicht wahrzunehmen seien. Zählt man die angeforderten Krankenscheine und die freien Krankenhausbetten so mag das so scheinen.

Tatsächlich ist aber nicht der Gesundheitszustand gut, sondern die Not ist so groß, daß Kranksein ein unerschwinglicher Luxus für das Proletariat geworden ist.

Sachkundiger als die moderne Durchhaltepropaganda ist eine Hamburger Statistik über die Einwirkung der wirtschaftlichen Not auf die Tuberkulose-Sterblichkeit:

Es starben von 10 000 Lebenden an Tbc.:	bei ein. Einkomm. von	900—1 200 Mk.	90,5
" " " "	" " " "	1 200—2 000 "	42,5
" " " "	" " " "	2 000—3 500 "	22,7
" " " "	" " " "	5 000—10 000 "	12,6
" " " "	" " " "	25 000—50 000 "	5,5

„Diese Zahlen zeigen den wirklichen Zusammenhang von wirtschaftlichem Elend und Volksgesundheit“

Der Geburtenrückgang schreitet fort und es ist ein vergebliches Bemühen, den Zu-

sammenhang mit der wirtschaftlichen Not zu leugnen.

Ein Umschwung auf diesem Gebiet wäre nur zu erwarten, wenn man für die Möglichkeit sorgte, die Kinder aufzuziehen. Seit dem vorigen Jahr zahlt aber das Reich den Kassen den Zuschuß zur Familienwochenhilfe in Höhe von 50 Mark pro Fall nicht mehr. Die Arbeiter im Reichsdienst erhalten den Zuschlag für ein Kind nicht mehr. Für Stiefkinder und Enkel wird der Kinderschutz zu den Renten nicht mehr gezahlt, für eheliche Kinder weiblicher Versicherter nur, wenn die Mutter ganz oder überwiegend ihren Unterhalt bestritten hat. Der Betrag von 3 Millionen für Kinderspeisung, den der Reichstag noch eingesetzt hatte, ist gestrichen, im Preußischen Etat sind für diesen Zweck noch 250 000 Mark vorgesehen gegen 720 000 Mark im vorigen Jahre. Der Posten für Kindererholung ist ebenfalls auf 250 000 Mark herabgesetzt, von 600 000 Mark für 1931. Für die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit waren im vorigen Jahr noch 570 000 Mark ausgeworfen, in diesem Jahre nur 177 000 Mark. Es fehlen aber nicht nur die Reichs- und Stantszuschüsse, die Gemeinden sind auch gezwungen, die selbst aufgebrauchten Mittel erheblich herabzusetzen. Die Gemeinden werden an den Reichszuschüssen für Wohlfahrtslasten nur beteiligt, wenn sie in ihrer Fürsorge „das Maß des Notwendigen und Angemessenen nicht überschreiten“. Das Maß des Notwendigen ist noch nirgends erreicht, geschweige denn überschritten. Nach den jetzigen Bestimmungen kann aber von einer „sozialen“ Fürsorge keine Rede mehr sein, es bleibt nur eine Verteilung von Bettelpfennigen nach dem Muster der alten Armenpflege.

Die „mater dolorosa“, die schmerzreiche Frau mit dem Heiligenschein, ist und bleibt das Ideal der Bourgeoisie. Aber diese Vorstellungen bestehen leider nicht nur in den Kreisen der Bourgeoisie. Bei den Untersuchungen von Arbeitslosen fällt es auf, daß es den Frauen am allerschlechtesten geht. Sie sorgen immer in erster Linie dafür, daß Mann und Kinder satt werden. Daß sie selbst zurückstehen, erscheint nicht nur ihnen selbst, sondern oft auch der Familie als selbstverständlich und unbeachtlich.

Die Revolution brachte den Frauen die Anerkennung der Gleichberechtigung in der Verfassung. Bei dieser papiernen Anerkennung ist man aber bis heute stehen geblieben. Jetzt soll die drohende Reichsreform den Frauen auch diese formale Gleichberechtigung nehmen. Das Pluralwahlrecht ist ein Männerrecht! Die Arbeit der Frau für die Familie wird nicht als für das Volksganze notwendige Arbeit anerkannt. Wenn man die These vertritt, „die Frau gehört ins Haus“, aber dem Ernährer gebührt ein Zusatzrecht, dann können alle Verherrlichungen nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Frau entrechtet wird.

Die sozialistische Idee der Gleichberechtigung, die solidarische Verbundenheit im Kampfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung, die Achtung vor dem Kampfgenossen, der gleiche Pflichten übernimmt und gleiche Rechte zu fordern hat, diese Idee wird nicht durch Verfassungen verwirklicht, sondern nur dadurch, daß sie von den Massen getragen wird als ein untrennbarer Teil der sozialistischen Weltanschauung und des sozialistischen Kampfes.

Notverordnung steigert Frauenarbeit

Bekanntlich behaupten weite Kreise des Unternehmertums, die Frauenarbeit bekämpfen zu wollen, weil sie die Arbeitslosigkeit fördere. Diese „Gegner“ der Frauenarbeit finden sich aber nicht nur gern mit ihr ab, sondern vergrößern ihren Anteil noch, wenn sie damit ihre Profite steigern können. So haben wir jetzt den grotesken Zustand, daß die letzte Notverordnung mit ihrem Prämiensystem für Neueinstellungen zu einer erheblich erhöhten Nachfrage nach Frauenarbeit und tatsächlich

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobert, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

zu einer prozentual erheblich größeren Einstellung von Frauen geführt hat. Der Grund ist sehr einfach darin zu suchen, daß infolge der niedrigeren Entlohnung der Frauenarbeit der Unternehmer einen größeren Teil des Lohns vergütet erhält, wenn er Frauen einstellt. Im letzten Jahr hat sich — bei allgemeiner Lohnsenkung — das Verhältnis immer weiter zu ungunsten der Frauenlöhne verschoben. In der Metallindustrie betrug im Verhältnis zum männlichen Arbeiter

	Oktober 1931	März 1932
bei gelerntem	62,3 Prozent	60 Prozent
bei angelerntem	71,9 Prozent	67 Prozent

Nach einer Statistik, die das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht, ist in einzelnen untersuchten Betrieben der Anteil an weiblichen Arbeitskräften von 23,8 Prozent vor der letzten Neueinstellung auf 32,8 Prozent nach der Neueinstellung gestiegen. In einem Groß-

betrieb der Metallindustrie, in dem allerdings der beabsichtigte Lohnabbau infolge eines Streiks nicht durchgeführt wurde, hätte sich bei voller Auswirkung der Notverordnung folgende Berechnung ergeben: Es wurden 16 männliche und 83 weibliche Arbeitskräfte neu eingestellt. Vor der Neueinstellung betrug der wöchentliche Lohnaufwand in diesem Betrieb 15 889 Mark. Für die 99 Neueinstellungen erhielt der Arbeitgeber wöchentlich 762 Mark Lohnprämien. Wäre der Lohnabbau durchgegangen, hätte der neue Lohnaufwand 16 557 Mark betragen, also nur 668 Mark mehr als vorher, während infolge der großen Zahl der neu eingestellten Frauen ein höherer Betrag an Lohnprämien einging.

Es ist infolgedessen nicht verwunderlich, daß die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften an den Arbeitsämtern ständig steigt. Auf 100 Arbeitsgesuche im Bezirk des Landesarbeitsamtes Brandenburg kamen nur 3,1 offene Stellen für Männer und 7,8 für Frauen, in Sachsen 1,6 für Männer und 4,6 für Frauen, in Ostpreußen 8,8 gegen 29,4 (die billigen Landarbeiterinnen), in Mitteldeutschland 2,8 gegen 7,6, in Bayern 2,9 gegen 7,5, in Hessen 2,2 gegen 6,1.

Die „Gewerkschaftszeitung“ stellt in ihrer Nummer 45 vom 5. November, die sich fast ausschließlich mit der Frauenarbeit beschäftigt, und auf die wir noch zurückkommen werden, als Ergebnis ihrer Untersuchungen fest:

„Sofern diese Notverordnung zur praktischen Durchführung gelangt, zeigen alle seitherigen Feststellungen der Gewerkschaften, daß weibliche Arbeitskräfte bei Neueinstellungen in verhältnismäßig stärkerem Maße herangezogen wurden als männliche. Infolgedessen ist der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte an den Beschäftigten der beobachteten Betriebe gestiegen.“

So sehen die Feinde gegen die Frauenarbeit in der Praxis aus! Wo es um Verdienen geht, hat das Prinzip seine Grenze. Sie hätten ein sehr einfaches Mittel, die Frauen aus den Betrieben zu entfernen: sie bräuchten nur die Männer so zu entlohnen, daß die Frauen von der Notwendigkeit des

Mitverdienens befreit würden. Hunderttausende von dreifach überlasteten Arbeiterinnen würden mit Freuden zu Hause bleiben. Daran denken sie aber nicht. Sie haben nach der letzten Notverordnung sogar die Möglichkeit, für einen entlassenen Mann zwei Frauen einzustellen und damit für eine Neueinstellung Sonderprofite einzuheimsen, eine Möglichkeit, von der zweifellos nicht selten Gebrauch gemacht wird.

Allein der entschlossene Kampf für Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne kann diesen unmöglichen Zuständen ein Ende bereiten.

Der soziale Mord

„Wenn ein einzelner einem anderen körperlichen Schaden tut, und zwar solchen Schaden, der dem Beschädigten den Tod zurzieht, so nennen wir das Totschlag; wenn der Täter im voraus wußte, daß der Schaden tödlich sein würde, so nennen wir seine Tat einen Mord. Wenn aber die Gesellschaft Hunderte von Proletariern in eine solche Lage versetzt, daß sie notwendig einem vorzeitigen Tode verfallen, einem Tode, der ebenso gewaltsam ist wie der Tod durchs Schwert oder die Kugel; wenn sie Tausenden die nötigen Lebensbedingungen entzieht, sie in Verhältnisse stellt, in welchen sie nicht leben können; wenn sie sie durch den starken Arm des Gesetzes zwingt, in diesen Verhältnissen zu bleiben, bis der Tod eintritt, der die Folge dieser Verhältnisse sein muß; wenn sie weiß, nur zu gut weiß, daß diese Tausende solchen Bedingungen zum Opfer fallen müssen und doch diese Bedingungen beschaffen läßt — so ist das ebenso tödlicher Mord, ein Mord, gegen den sich niemand wehren kann, der kein Mord zu sein scheint, weil man den Mörder nicht sieht, weil alle und doch wieder niemand dieser Mörder ist, weil der Tod des Schlachtopfers wie ein natürlicher aussieht, und weil er weniger eine Begehungssünde als eine Unterlassungssünde ist. Aber er bleibt Mord.“

(Friedrich Engels)

Achtung! Ortsgruppen! Mitteilungsblatt des Parteivorstandes

Der Parteivorstand hat beschlossen, die Darlegungen zu den innerparteilichen Meinungsverschiedenheiten nicht in der Zeitung zu veröffentlichen, sondern in einem besonderen Mitteilungsblatt allen Parteimitgliedern zugänglich zu machen. Dieses Mitteilungsblatt, das eine ausführliche Darstellung der beiden Anschauungen über die Differenzpunkte gibt, ist jetzt versandfertig und muß von den Ortsgruppen allen Mitgliedern zugeleitet werden.

Das Mitteilungsblatt wird den Ortsgruppen vom Parteivorstand zum Selbstkostenpreise abgegeben und beträgt pro Exemplar 3 Pf. Die Ortsgruppen können den Betrag aus der Ortskasse bezahlen oder von den Mitgliedern bei Lieferung des Mitteilungsblattes erheben. Die Mitglieder müssen das Mitteilungsblatt von ihrer Ortsgruppenleitung anfordern. Ausgabe des Mitteilungsblattes an die Mitglieder erfolgt nur durch die Ortsgruppenleitung.

Um die Mitglieder möglichst schnell in den Besitz des Mitteilungsblattes zu setzen, müssen die Bestellungen der Ortsgruppen sofort und direkt beim Parteivorstand erfolgen.

Der Versand erfolgt nur gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto Leipzig Nr. 41 679 (Max Seydewitz) oder gegen Nachnahme. Bezahlen müssen die Ortsgruppen 3 Pf. pro Exemplar zuzüglich Porto.

Bestellungen sofort mit der genauen Adresse der Ortsgruppenleitung an den Parteivorstand der SAP, Berlin O 27, Magazinstraße 15/16.

An die Parteimitgliedschaft!

Die Mehrheit des Parteivorstandes, bestehend aus den Genossen Kleinelbst, Seydewitz, Küster, Frankenthal, Rosenfeld, Siemsen und Hausschildt, hat in der Sitzung vom 7. November zum Wahlergebnis, zum Fall Frank und zum Fall Wasilo-Verlag — Fritz Lewy, Ruth Seydewitz — Beschlüsse gefaßt, die wir in sachlicher Hinsicht für unrichtig und deren Veröffentlichung in der Presse, die übrigens ohne Parteivorstandsbeschluss in Abweichung von der sonstigen Praxis vorgenommen worden ist, wir in Uebereinstimmung mit der Redaktion der SAZ und anderen namhaften Parteikörperschaften (Bezirksleitungen Plauen, Zwickau, Breslau, Bremen, Köln, UB Dresden, Landesleitung Sachsen u. a.) für schädlich halten. Es hätte nach unserem Dafürhalten genügt, wenn die gefaßten Beschlüsse der Parteimitgliedschaft auf dem üblichen Wege, d. h. durch Rundschreiben, mitgeteilt worden wären. Wir halten es dagegen für notwendig, die Klärung der politischen und organisatorischen Fragen in der Diskussion vor der Parteimitgliedschaft, wie in grundsätzlichen Artikeln in der Parteipresse anzustreben und auf diesem Wege den bevorstehenden Parteitag vorzubereiten.

Wir haben in der PV-Sitzung vom 15. November alles versucht, die Mehrheit des PV zu bewegen, von der bis dahin noch nicht erfolgten Veröffentlichung des Beschlusses über die angeblichen innerparteilichen Ursachen des Wahlausfalles Abstand zu nehmen und statt dessen zur Klärung strittiger Fragen und zur Informierung der Mitglieder ein Mitteilungsblatt herauszugeben. Die Mehrheit

Aus der Hamburger Bürgerschaft

Die letzte Sitzung brachte ein paar Anfragen, aus deren Inhalt hervorgeht, daß auch in Hamburg der polizeiliche Terror stärker wird. Es ist ja unter dieser Regierung nur verständlich, daß, wenn die Not die Proleten zu irgendwelchen Handlungen treibt, sie glaubt, diesen nur mit dem Polizeiknüppel begegnen zu können. Aus der Antragsreihe springen drei ins Auge, die alle sich mit der Polizei und der Justiz in Hamburg beschäftigen. Die Antworten des Senats sind brutal und zynisch. Befragt wegen der Mißhandlung von zwei Arbeitern, antwortet der Senat, daß er in dieser Anfrage lediglich einen Versuch sähe, die Polizei in der öffentlichen Meinung herabzusetzen und deshalb einfach keine Antwort erteile! Befragt wegen der Selbstmorde im Untersuchungsgefängnis, gibt der Senat zwar zu, daß sich gerade 1932 die Zahl der Selbstmörder erhöht habe, entschuldigt diese Tatsache aber damit, daß auch bei der freien Bevölkerung die Selbstmordziffer steige.

Ein besonderes Kapitel ist für die Handelsstadt Hamburg jedes Jahr die Freigabe des silbernen Sonntags vor Weihnachten. Hamburg hat sich seit 1918 erlaubt, den silbernen Sonntag ausstellen zu lassen, die Unternehmer in Hamburg schielten dann immer mit besonderem Konkurrenzneid über die Grenze nach Altona, da Preußen stets zwei Sonntage vor Weihnachten frei gab. Nun unternehmen die Rechtsparteien jedes Jahr einen Vorstoß, um auch in Hamburg wieder diese Vorkriegsmasche einzuführen. Geradezu rührend ist es, wie sie das „Bedürfnis“ hierfür begründen. Meinte doch Herr Wesselhöft (DN), daß die arbeitende Bevölkerung nach Arbeit schreie und Verdienst vor Weihnachten haben wolle, und alles das könne sie nur haben, wenn der silberne Sonntag freigegeben würde. Ein anderer Rechtsredner verstieg sich zu einer Zählung und erzählte, daß am Nobistor (Hamburg-Altona-Grenze) innerhalb fünf Minuten mindestens 5000 Käufer über die Grenze gegangen seien, um dort ihre Einkäufe zu machen. Die Abstimmungen verliefen so, daß die Rechte die Anträge der Linken ablehnten, und die Anträge der Rechten bei Stimmhaltung der Nazis von den Linken abgelehnt wurden. Damit hat der Senat freies Spiel und wir sind gespannt auf seine Entscheidung, da die Koalition in dieser Frage gespalten ist.

Unter dem Ausschußbericht betr. Aufhebung der Immunität hören wir, daß die Immunität des Abg. Dr. Raake (Nazi) aufgehoben wurde, da er als Rechtsanwalt Depotgelder unterschlagen haben soll.

Betr. Herabsetzung der Senatorengehälter quält sich die Bürgerschaft erneut. Resultat: Es bleibt alles, wie es war. Wie das möglich ist? Nun, ganz einfach.

hat leider die Nichtveröffentlichung ihrer Beschlüsse und die Herausgabe eines Mitteilungsblattes abgelehnt.

Obgleich uns dieses Verhalten der Parteivorstandsmehrheit die Pflicht auferlegt, das, was wir zu ihren Beschlüssen und Behauptungen der Parteimitgliedschaft zu sagen haben, auf dem gleichen Wege bekanntzugeben, haben wir uns entschlossen, auf die Veröffentlichung unserer Erklärung in der Presse zu verzichten, weil wir, ebenso wie in der Veröffentlichung der Mehrheitsbeschlüsse, auch im Abdruck umfangreicher Erklärungen und Gegenerklärungen eine

Jeder lehnt die Agitationsanträge des anderen ab, so daß überhaupt keine positiven Resultate vorhanden sind, und jeder hat nun Grund, auf den anderen zu schimpfen, weil er die Herabsetzung verhindert habe. Interessant ist, daß der eingesetzte Ausschuss amtlich festgestellt hat, daß in den Ländern mit Nazi-Regierungen weit höhere Ministergehälter gezahlt werden, als in Hamburg. So zahlt

Braunschweig Mk. 13.000,
Oldenburg " 13.400,
Mecklenburg " 16.000,
Anhalt " 14.400.

Die Nazis schrien zwar dagegen an, aber jeder weiß, daß es sich hier um amtlich eingeholtes Material handelt, gegen das es kein Streiten gibt.

Hamburgs Revolutionsfeier

Die Hamburger Organisation der SAP hatte zum 13. November 1932 eine Revolutions-Gedenkfeier organisiert, die ein Opfer des Bürgerfriedens nach der Wahl wurde. Der nächstmögliche Termin war der 20. November 1932 und so wurde sie auf diesen Tag verschoben. Aber mit dem Geschickes und der Deutschen Republik Mächten soll niemand rechnen; der Bürgerfriede wurde bis zum nächsten Jahr verlängert. Es ging uns wie bei der Gedenkfeier an den Gräbern der November-Gefallenen, wir durften eine Revolutionsfeier ohne Revolutionsrede abhalten!

Die Mitwirkenden waren durchweg Kräfte aus der eigenen Organisation. Allen voran wirkte der SSB-Hamburg. Es war daher auch symbolisierend, daß er, der aktivste Kreis unseres Ortsvereins, die Feier mit einem Prolog eröffnete. Außerdem wirkte ein sehr guter Rezitator, ein schnell gebildeter Bewegungschor und das „Volksheim-Kammerorchester“ mit.

Die Darbietungen, sowohl Musik als Rezitationen, zeigten den einheitlichen Gedanken dieser Feier auf und nahmen die Zuhörenden in ihren Bann. Waren es doch revolutionäre Gedichte, wie sie nicht mehr bei der SPD zu hören sind, die den Proleten im Saal ihr eigenes Schicksal vor Augen stellten.

Die Feier klang aus mit der großen Rede, die Georg Büchner in dem Revolutionsdrama „Dantons Tod“ den Saint-Just sprechen ließ. Gerade diese klassische Sprache, das verhaltene Feuer dieser Worte, mußte jedem mit dem Elan begaben, zu dem eine Revolutions-Gedenkfeier die Teilnehmer befähigen soll. Und so ist wohl jeder recht befriedigt von dieser Feier nach Hause gegangen, mit dem Gelübnis, getreu den Worten unseres Gen. A. Busch, auch ohne die zündende Rede einer Revolutionsfeier, fest zur SAP zu stehen und in ihren Reihen der Revolution zu dienen!

schädliche Belastung der SAZ und des Kampfsignals erblicken.

Die PV-Mehrheit hat zugesagt, unsere Erklärung noch in dieser Woche in ausreichender Menge an die Ortsgruppen zu versenden, so daß jedes interessierte Parteimitglied die Erklärung erhalten kann. Eventuell erforderliche Reklamationen sind an die zuständige Bezirksleitung oder auch an den Parteivorstand zu richten.

Berlin, den 22. November 1932.

Edith Baumann J. Thomas
Klaus Zewilling G. Walcher
Paul Proelich

Ein sozialdemokratischer Führer!

Dahrendorf, der Kandidat der
Hamburger SPD

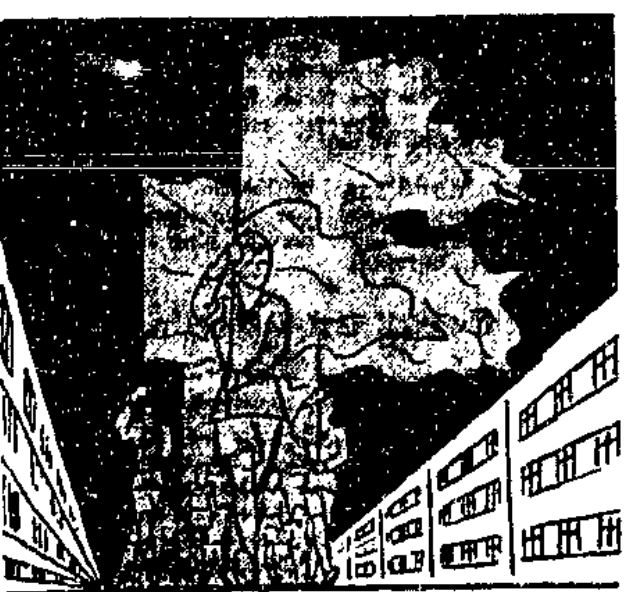
Schon häufig wurde vor der proletarischen Öffentlichkeit immer dann, wenn die Hamburger SPD ihren Genossen Gustav Dahrendorf im irgendein Parlament zur Wahl stellte, festgestellt, daß Dahrendorf's Vorleben nicht sauber sei. Ihm wurde immer wieder der Vorwurf gemacht, daß er schon mit seinem 16. Lebensjahr ein Spitzel gewesen sei. Als wir nämlich noch in den Kriegsjahren lebten und noch Kriegsgerichte hatten, soll Dahrendorf bei der Denunziation revolutionärer Jugendlicher erfolgreich tätig gewesen sein.

Wie konnte es daher der „Hamburger Volkszeitung“ verdenken, wenn sie zur November-Wahl, als die hiesige SPD keinen ihrer Genossen für würdiger betrachtete, die 3. Stelle auf ihrer Liste einzunehmen, als eben jenen, als Denunziant und Spitzel gekennzeichneten Dahrendorf, die alten Geschichten wieder aufwärme und ihren Genossen rief, den sozialdemokratischen Wählern die Augen über diesen Kandidaten zu öffnen. Dahrendorf machte den schlauen Zug, am 31. Oktober 1932, also 6 Tage vor der Wahl, eine „einstweilige Verfügung“ zu erwirken, die es den KPD-Leuten untersagte, ihn Spitzel und Denunziant zu schimpfen. Die so mit einer solchen Verfügung Belegten erhoben sofort gegen diese Widerspruch und dann entspann sich ein Prozeß.

Dahrendorf ließ sich in diesem Streit, der vorerst nur darum ging, ob die einstweilige Verfügung zu Recht ergangen sei, durch den großen SPD-Parteianwalt Dr. H. Rucheweyh, die „Volkszeitung“ durch Hege- wisch vertreten. Dahrendorf brachte eidesstattliche Erklärungen bei und eine Akte der hiesigen Behörden aus jener Zeit, die „Volkszeitung“ brachte Zeugen aus der fraglichen Zeit, die die Opfer Dahrendorf's geworden zu sein behaupteten. Vorweg gesagt, die einstweilige Verfügung wurde bestätigt und der „Volkszeitung“ auferlegt, innerhalb der nächsten vierzehn Tage die ordentliche Klage zu erheben. Damit ist vor allem gesagt, daß zur Sache selbst noch nichts entschieden ist und es der bestimmt zu erwartenden Prozeßstreitigkeit überlassen worden ist, zu klären, ob Dahrendorf tatsächlich die ihm zum Vorwurf gemachte Rolle gespielt hat. Aus der Begründung dieses Urteils ist erwähnenswert, daß die Kammer 3 des Hamburger Landgerichts als glaubhaft unterstellt:

1. daß Dahrendorf auf einer Versammlung der „Oppositionellen Jugend“ im Jahre 1917 die Verbreitung kriegsgegnereischer Schriften als Schmutz bezeichnet hat und in dieser Versammlung den Genossen Schabbe als einen gekennzeichnet hat, der diese s. E. schmutzige Arbeit leistete.
2. daß Dahrendorf erklärt hat, daß die derzeit neuzubildende Handlungsgehilfen- gruppe nur wirtschaftliche Gegenstände als Basis haben solle. Er hat in dieser Erklärung hervorgehoben, daß ihm die Ziele und Anschauungen des Hackmacks und Gypners bekannt seien. (Diese Erklärung hat er vor dem damaligen Distriktssekretär Scholz abgegeben.)
3. daß Dahrendorf diesem Scholz erklärt hat, daß er das Amt des I. Vorsitzenden dieser Gruppe wegen Hackmacks und Gypner niedergelegt habe, daß er aber gute Freunde in der Gruppe zurückgelassen habe, die ihn unterrichten würden, falls Hackmack und Gypner ins politische Gebiet abschwimmen würden.

Diese vom Gericht als glaubhaft unterstellten Dinge erhellen u. E. den Charakter dieses SPD-Kandidaten völlig. Doch werden wir noch ausführlicher zu ihm Stellung nehmen.



Rote Kinderwelt

Auf, Proleten!

Auf, Proleten, angetreten, stellt euch ein in unsre Reihen! Denn es gilt das Heer der Sklaven von der Knechtschaft zu befreien!

Hitler, Papen und Kumpene sollt ihr jagen aus dem Reich. Pflanzet auf die Sowjetfahne für ein rotes Sowjetreich!

So wird uns der Kampf gelingen, wie er einst in Rußland war. Die NSDAP wird zerspringen, fest und trotzig stehn wir da!

Auf, Proleten, angetreten, stellt euch ein in unsre Reihen! Denn wir wollen das Heer der Sklaven von der Knechtschaft nun befreien!

Der Störenfried

Es war mitten in der Nacht, als unser Puppenspieler Anton aufwacht. Wer hatte denn da eben geredet? Angestarrt horchte er — da! — jetzt wieder! — Er hörte es ganz deutlich, aus der Kasperlekte kam es: „Was ich mache, geht dich gar nichts an!“ „So, so! Ausreden? Das kennen wir schon. Du bist gerade der Richtige!“ Die energische Stimme gehört bestimmt dem Schutzmann. „Was ist denn hier los?“ gähnte einer verschlafen. „Ich habe es gesehen“, sagte da die dicke Bauersfrau eifrig. „Der Nazi ist leise aufgestanden und hat dem Juden eins über den Kopf hauen wollen. Er ist aber über den Schutzmann gestolpert und davon ist der aufgewacht und — —.“ „Wenn ihr nicht bald ganz ruhig seid, komme ich persönlich“, rief da der Kasper aus seiner Ecke.

„Juda verreckel! Deutschland erwache! Heil, heil!“ schrie da der Nazi mit übergeschnappter Stimme. Das wurde dem Kasper zu bunt. „Raus mit dir“, kommandierte er, und wollte seinen Willen in die Tat umsetzen. „Hilf! Hilf! Polizei! Ich verlange polizeilichen Schutz“, wimmerte der Nazi. „Quetsch nicht! Es geschieht dir ganz recht“, sagte der Schutzmann.

Der Deckel der Kiste ging auf, der Nazi kam zum Vorschein, flog in hohem Bogen heraus und landete, plumps, auf dem Fußboden. „So machen wir es mit jedem, der nicht Ruhe halten will“, riefen Kasper und der Schutzmann hinter ihm her. Dann verschwanden ihre Köpfe und klapp, ging der Deckel zu. Es wurde wieder mäschenstill.

Vor der Kiste lag der Nazi im Mondenschein und träumte von einem vierten Reich, sicherlich auf dem Mond!

Eine Kahnfahrt

Hinter unserem Hause liegt ein kleiner Ententeich. Das Wasser ist kohlrabenschwarz. In dem Teiche schwimmt ein rundes Schaff.

Eines Tages, es war am Nachmittag, hörten wir juchzen und lachen. Das kam vom Teich her. Sofort ging ich mit meinem Freund hin, um zu sehen, was es dort zu lachen gibt.

Da sahen wir, wie einige Jungen in dem Schaff standen und sich mit Stöcken abstießen. Dabei gab es viel Spaß. Das war was für mich. Mutter sagt immer, ich sei ein halber Junge. Gleich mußte ich das auch probieren. Mein Freund Hatsche (richtig heißt er Herbert) und ich wagten es zusammen. Wir waren mitten im Teich. Der Hatsche mußte sich mit dem Rudern sehr anstrengen, worüber ich sehr lachen mußte. Auf einmal verlor unser Schiff das Gleichgewicht und wir lagen im schlammigen Wasser. Beide standen wir dann pitschnaß da. Die Lust zum Kahnfahren war uns vergangen. Unser Gedanke war bloß: Was wird die Mutter sagen?

Große Wäsche

Jawohl, der Willi, der ist tüchtig, wenn's auch dem Karo nicht gefällt! Und wenn er noch so wütend bellt! Wer sich schon wäscht, der wasche sich auch richtig!

Das ist genau wie Zähne putzen, gesundheitlich von großem Nutzen! Und wird man dabei noch so neß, Was schadet das?

Die Haut ist ebenfalls — selbst am Hals — bestimmt wasserdicht! Oder etwa nicht??

Ein Rätsel

In den letzten Tagen, wo noch etwas schönes Wetter war, ging ich mit meinem Freund durch die Straßen Breslaus. Auf einer belebten Straße meinte er: „Siehste da den Heumotor, wie der rennt?“ Ich war ganz erstaunt über das Wort und auch was er damit meinte. „Was ist denn das, ein Heu-

motor?“ Mein Freund sagte darauf: „Du konnst keinen Heumotor, wo du täglich auf der Straße bist? Na, da biste aber dumml!“

Wißt ihr nun, was ein Heumotor ist? Denkt mal nach. — Na, jetzt dämmert's, nicht wahr? Da das Auto einen Benzinmotor besitzt, so wird auch das Pferd, weil es Heu frißt, Heumotor genannt!

Vaters Hände

Vaters Hände sind rissig und wie ein Schlaghammer schwer, und riechen nach Kohle, Schmieröl und auch Teer.

Sind rau wie ein Reibeisen, und es tut weh, streicheln sie mein Gesicht. Aber ich weine nicht. Man muß dann die Zähne zusammenbeißen. Denn ich weiß,

diese Hände arbeiten für die Mutter und für mich.

Kleiden mich und decken uns alle Tage den Tisch.

Diese Hände werken in Eisen, sind verschmutzt und verbrannt. Nur aus Rissen und Schwielen besteht meines Vaters Hand.

Doch diese Hände schaffen, daß ich lachen darf und zur Schule gehn, des Sonntags den Kasper im Volkshaus kann besehn.

Solche Hände sind viele — die des schaffenden Volkes Glück und Freude tragen.

Kommt der Vater nach Haus, Ich will ihm entgegen springen, will seine Hände fassen und dann singen!

Liebe Freunde! An der heutigen Zeitung haben Breslauer Falken mitgearbeitet. Auch ihr anderen helft mit. Erlebnisse und Berichte und vieles, was in die Zeitung kommen soll, schickt es uns zu. Wir bringen alles, Vergiß aber nicht: sauber und einseitig auf den Bogen schreiben.

Freundschaft!
Rote Kinderwelt, Breslau, Kl. Holzstraße 3.

Berlin vor der Katastrophe

Berlins Diktator, Oberbürgermeister Sahn, hat eine Sparverfügung erlassen, die den ganzen Ernst der Lage Berlins zeigt und neue Gefahren für die Berliner werktätige Bevölkerung heraufbeschwört. Er hat eine Verfügung erlassen, nach der

sämtliche Ausgaben für Anschaffungen und Vergebung von Arbeiten gesperrt werden. Nur wenige Ausgaben für die unbedingt notwendige Aufrechterhaltung sind noch erlaubt.

Diese Sparmaßnahmen allein werden schon die allerschwersten Folgen für die werktätige Bevölkerung haben. Auf dem Gebiet des Schulwesens, des Straßenbaus, der Straßen- und Brückenunterhaltung, des Gesundheitswesens werden neue Sparmaßnahmen einsetzten, die Leben und Gesundheit der werktätigen Bevölkerung aufs schwerste bedrohen. Schon jetzt sind die Schulklassen überfüllt, die Schulen mangelhaft beleuchtet und schlecht geheizt. Wenn die neuen Sparmaßnahmen in Kraft treten, werden

die Verhältnisse in den Volksschulen vollends unerträglich werden.

Auch der Zustand der Verkehrswege, namentlich der Brücken läßt infolge der dauernden Sparmaßnahmen alles zu wünschen übrig. Die Straßen und Brücken sind vielfach in einem Zustand, der Gefahren für Leib und Leben der Bevölkerung heraufbeschwört, ganz abgesehen davon, daß die Straßenbeleuchtung bereits auf ja teilweise unter das Niveau der Kriegszeit herabgeschraubt ist, ein Zustand, der die Verkehrsgefahren aufs äußerste vermehrt.

Aber weit ernster als diese unmittelbaren Folgen der neuen Sparmaßnahmen, die auch trotz aller „Ankurbelungsversuche“ eine neue Vermehrung der Arbeitslosigkeit im Gefolge haben werden, ist der Zustand der städtischen Finanzen, der durch diese Maßnahmen aufgedeckt wird. Offiziell wird dieser Schritt damit begründet, daß sich zu Ende des Jahres durch die immer weiter steigenden Wohlfahrtslasten und des gleichzeitig auftretenden Sinkens der Steuereinnahmen

die Kassenlage katastrophal zugespitzt habe

Wie ernst die Lage geworden ist, zeigt der Finanzbericht der Stadt Berlin für den Monat Oktober 1932. Zu dem Defizit von 95 279 546 Mark für die Haushaltsjahre 1930 und 1931 ist für die ersten sieben Monate des Haushaltsjahres 1932 ein neues Defizit in

Nachtveranstaltung

im Volkskino Königstadt, Schönhauser Allee 10-11, am 3. Dezember 1932. Film „Hölzerne Kreuze“. Erich Weinert rezitiert. Anfang 23 1/2 Uhr. Eintritt 60 Pf., Erwerbslose 30 Pf. SAP Berlin. SJV Berlin.

Höhe von 42 132 907 Mk. hinzugekommen. Die Zahl der Wohlfahrtsverweilenden, die für den Durchschnitt des Haushaltsjahres mit 300 000 geschätzt wurde, hat die 300 000 bereits im Laufe des Juli überschritten und beträgt zurzeit etwa 340 000, so daß der Jahresdurchschnitt mindestens bei 330 000, wenn nicht höher liegen wird. Die Steuereinnahmen, die schon äußerst niedrig mit 404 Millionen geschätzt wurden, werden nach dem bisherigen Ergebnis mindestens

30-40 Millionen niedriger sein.

Allein bei den Ueberweisungen an Reichseinkommensteuer dürfte sich eine Mindereinnahme von 12-15 Millionen ergeben. Wie katastrophal die Lage bereits geworden ist, ergibt sich daraus, daß am 23. d. Mts. fällige Gehaltszahlungen bereits ernstlich gefährdet waren! Auch jetzt sind sich die Berliner Diktatoren noch völlig im Unklaren, ob selbst diese brutalen Sparmaßnahmen imstande sein werden, den offenen Zusammenbruch aufzuhalten. Man „hofft“ nur, damit die augenblicklichen Zahlungsschwierigkeiten zu überwinden und auch glücklich über den Jahresultimo hinwegzukommen. Gelingt das nicht, so wird sicher

ein neuer Lohn- und Gehaltsraub an den städtischen Arbeitern, Angestellten und Beamten einsetzen.

Sogar die erbärmlichen Hungergrößen der Erwerbslosen und andern Unterstützungsempfänger werden dann gefährdet sein.

Es droht dann neuer Unterstützungsraub.

Es wird deshalb höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse in diesen drohenden Bankrott eingreift. Die Arbeiterorganisationen, vor allem die Gewerkschaften, müßten mit den übrigen proletarischen Organisationen ein gemeinsames Kampfprogramm zur Rettung Berlins und seiner Bevölkerung vor der drohenden Katastrophe aufstellen und zu seiner Verwirklichung alle außerparlamentarischen Kräfte einsetzen. Die wichtigsten Forderungen dieses Programms müßten sein der sofortige Erlaß für alle Schulden- und Tilgungszahlungen der Stadt und der städtischen Betriebe, die Aufhebung aller Verschlechterungen des Reichsfinanzausgleichs und des Preußischen Finanzvergleichs seit 1924, die Eintreibung aller

Subventionen und aller Steuerrückstände und Steuererstattungen bei den Besitzenden, die Erfassung an Eintreibung des mehrere 100 Millionen betragenden Zwischengewinns, den die Hausbesitzer aus der Verschiedenartigkeit der Erhebung der Hauszinssteuer bei Mietern und Hauswirten seit Bestehen dieser Steuer eingestreckt haben, die Erhöhung der Einkommens-, Vermögens- und Luxussteuer und die Erhebung eines stark progressiv gestaffelten Notopfers zur Rettung der Gemeinde bei allen Vermögen über 50 000 Mk. und allen Einkommen über 8000 Mk. jährlich, die Herabsetzung aller Gehälter und Pensionen auf höchstens 500 Mk. monatlich, die Streichung aller Zuschüsse an bürgerliche, religiöse und faschistische Organisationen und aller Repräsentationsausgaben, die Streichung der Polizeikostenzuschüsse und ähnliche Maßnahmen zur Entlastung der Gemeindefinanzen. Die Erträge dieser Maßnahmen müßten zur Rückgängigmachung aller gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung gerichteten Sparmaßnahmen, insbesondere des Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbaus, zur Einführung der 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich in allen städtischen Betrieben und Verwaltungen, zur Wiederherstellung des 20-Pfennig-Einheitsverkehrstarifs und darüber hinaus zur Einführung des 15-Pfennigtarifs, zur Durchführung eines großzügigen Kleinwohnungs-, Straßen- und Brücken-, Krankenhaus- und Schul-Bauprogramms, zur Erhöhung der Unterstützungen und einer wirk-

samen Winterhilfe für alle Notleidenden verwendet werden.

Nur ein solcher gemeinsamer Kampf aller Arbeiterorganisationen, der ausmünden muß in den Kampf um die

Kontrolle der Gemeinde-Wirtschaft- und -Verwaltung durch proletarische Klassenorgane

und die Schaffung einer proletarischen Gemeindeverwaltung kann die Rettung von der drohenden Katastrophe bringen. Ohne eine solche organisierte und planmäßig geführte Klassenaktion drohen für den Fall, wo einmal die Unterstützungen nicht mehr gezahlt werden können, Verzweiflungstakte hungernder Massen, die isoliert niedergeschlagen werden können und vielleicht dem Faschismus die erwünschte Chance geben, seine Blutherrschaft zu errichten und zu befestigen. Die Art, wie die Gemeinden und vor allem Berlin, an den Rand des Bankrotts gebracht wird, läßt den Verdacht aufkommen, daß eine solche Entwicklung den reaktionären Mächten mehr als erwünscht wird. Umso notwendiger ist es, daß die werktätige Bevölkerung Berlins organisiert, daß die Vorgänge in der Berliner Gemeindeverwaltung nicht irgend welche gleichgültigen Dinge sind, die bloß die Kommunalpolitiker angehen, sondern daß hier die allerersten Gefahren und Katastrophen jeden Augenblick hereinbrechen können. Sie muß deshalb die gemeinsame Kampffront schaffen, ehe es zu spät ist!

Unsere Revolutionskundgebung

Die Revolutionskundgebung der Berliner SAP und des SJV stand äußerlich unter keinem günstigen Stern. Wir bekamen es zu spüren, daß wir im Deutschland des Bürgerfriedens leben, wo es von der Willkür der herrschenden Gewalten abhängt, ob proletarische Veranstaltungen stattfinden können oder nicht.

Ursprünglich war die Veranstaltung für den 13. November geplant und festgesetzt. Da gefiel es Herrn Papen, zur Beruhigung der erhitzten Gemüter, nach den Wahlen einen Bürgerfrieden bis zum 19. November zu verhängen. Wir sahen uns also gezwungen, die Veranstaltung auf den 20. November zu verschieben. Morgens, 19. November, überraschte uns die Mitteilung, daß der Bürgerfriede bis zum 20. Januar verlängert worden ist, damit der deutsche Untertan friedlich Weihnachten feiern kann. Fragt sich nur, wovon. Es bedurfte langwieriger Verhandlungen, damit die Veranstaltung überhaupt stattfinden konnte. Allerdings mußte auf wesentliche Teile des Programms, so z. B. auf die Ansprache verzichtet werden.

Der Besuch der Veranstaltung war in Anbetracht der Schwierigkeiten, sehr gut zu nennen. Das Babylon-Kino war gut gefüllt, obwohl uns zahlreiche Telefon-Anrufe am Sonnabend bewiesen, daß ein großer Teil Genossen im Zweifel waren, ob nun die Veranstaltung infolge des Bürgerfriedens stattfinden könnte. Da wir angesichts der kurzen Zeit nicht mehr imstande waren, allen Interessierten mitzuteilen, daß die Veranstaltung stattfinden konnte, so sind zahlreiche Genossen, die bereits Karten gelöst hatten,

nicht erschienen, weil sie des Glaubens waren, daß die Veranstaltung nicht stattfindet. Wenn sie trotzdem gut besucht war, so spricht das für die Werbearbeit unserer Genossen.

Der herrliche Russenfilm „Sturm über Asien“ fand starken Beifall und sorgte, daß in Verbindung mit einigen Rezitationen, trotz des verbotenen revolutionären Wortes, die

Achtung! Neuköllner, Berliner!

Die neue Spieltruppe des SJV Neukölln, „Graue Truppe“, gestaltet Sonntag, den 27. November einen Abend aus mit dem Thema:

Hoppla, wir leben!

im Sporteck, Donau-Ecke Eckstraße. — Kommt alle! — Eintritt 15 Pf.

Veranstaltung ihren Zweck erfüllte, revolutionären Kampfgeist zu wecken. Sie bewies wiederum, daß das verbotene Wort oft stärker zu wirken vermag als das nicht verbotene und der Proletarier dort weiter zu denken vermag, wo ihm die reaktionären Mächte, das Denken verwehren wollen. Trotz aller reaktionären Schikanen ist es doch gelungen, der Revolution zu gedenken in jenem Sinne, den unser Kampfgruß ausdrückt: **Kampfbereit!**

Eine Statistik des Hungers

Der Fleischkonsum sinkt!

Das Statistische Amt der Stadt Berlin veröffentlicht folgende bezeichnende Statistik:

Die Zufuhr zum Schlachtviehmarkt zeigte im Oktober bei allen Viehgattungen eine starke Abnahme.

Die gesamte Zufuhr war um rund 15 v. H. niedriger als im Vormonat.

Gegenüber dem Oktober 1931 ist die Zufuhr sogar um mehr als ein Viertel gesunken. Insgesamt wurden dem Schlachtviehmarkt zugeführt 16 781 (September 19 777) Rinder (davon 6093 Ochsen, 3570 Bullen, 6284 Kühe und Färsen und 834 Stück Jungvieh), 14 093 (15 417) Kälber, 33 648 (49 716) Schafe und 97 048 (104 285) Schweine.

Aus dem Ausland kamen 437 (524) Rinder, 644 (913) Kälber und 2506 (3784) Schweine. Herkunftsländer waren in der Hauptsache Danzig und das Memelgebiet.

Der Rindermarkt wurde während des Monats Oktober an keinem der 8 Markttage geräumt, der Schweinemarkt dagegen 3 mal, der Kälbermarkt 4 mal und der Hammelmarkt nur 1 mal. Am 25. Oktober ergab sich am Hammelmarkt sogar ein Ueberstand von 750 Tieren.

Von dem aufgetriebenen Vieh wurden wieder abgetrieben nach Berlin 2722 (3025) Rinder, 3407 (3462) Kälber, 1116 (1900) Schafe, 7159 (7784) Schweine; in die Provinz Brandenburg 1339 (1365) Rinder, 87 (129) Kälber, 507 (1090) Schafe, 2374 (2408) Schweine, und über die Provinz Brandenburg hinaus 668 (896) Rinder, 451 (577) Kälber, 612 (720) Schafe, 327 (1045) Schweine. Der Abtrieb ist demnach gegenüber dem Vormonat bei den Rindern um 557, bei den Käl-

bern um 223, bei den Schafen um 1475 und bei den Schweinen um 1377 Stück zurückgegangen.

Diese Statistik enthüllt die grauenhafte Aushungerung der werktätigen Bevölkerung Berlins durch den ständigen Lohn- und Unterstützungsraub und die Zoll- und Kontingentierungspolitik im Interesse des wucherischen Großagariens. Dabei zeigen diese Zahlen noch nicht den ganzen Umfang des Rückganges des Fleischkonsums der werktätigen Massen. Denn hier handelt es sich ja nur um die Zahlen der Zufuhr. Aber von dem aufgetriebenen Vieh wird ja nur ein Teil geschlachtet, und von dem geschlachteten Vieh wird ein Teil konserviert und kommt dabei nicht dem Konsum der Berliner Bevölkerung zugute. Vor allem aber ist der Rückgang des Fleischkonsums nicht in allen Bevölkerungsschichten gleichmäßig. Bei den besitzenden und wohlhabenden Schichten ist von einem Rückgang entweder garnicht oder nur wenig zu spüren, um so größer muß der Rückgang in der werktätigen Bevölkerung sein.

Darum ergibt sich aus dieser Statistik, daß sich

der Fleischkonsum der Berliner Arbeiterbevölkerung um mehr als ein Viertel verringert!

hat. Das heißt Alarm! Die Arbeiterbevölkerung wird ausgehungert, von hochwertiger auf minderwertige Ersatznahrungsmittel abgedrängt. Die Folgen dieser Entwicklung werden verheerend sein. Wir gehen einer neuen Unterernährungskatastrophe entgegen, wenn nicht der Massenkampf der gesamten Arbeiterklasse endlich dem Hungerfeldzug der Herrschenden ein Ende macht.

Genosse Heinrich Roloff gestorben

Am 19. November verstarb der Genosse Heinrich Roloff, im Alter von 72 Jahren. Genosse Roloff ist ein alter Kämpfer, der schon seit frühester Jugend in den Reihen der Arbeiterbewegung stand und sowohl politisch wie gewerkschaftlich seinen Mann stand. Zahllosen Verfolgungen und Anfeindungen war er in seiner Arbeit, im Dienst der Arbeiterbewegung ausgesetzt und oft genug hat er Not und Elend kennen gelernt, weil er von Unternehmertum und Polizei drangsalirt wurde.

Stets hat er auf dem linken Flügel der Arbeiterbewegung gekämpft. Bei der Spaltung der Sozialdemokratie schloß er sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. Die Vereinigung mit der SPD, die Kapitulation vor dem Reformismus machte er nicht mit, obwohl man versuchte, auf ihn, der eine besoldete Gewerkschaftsfunktion bekleidete, einen Druck in dieser Hinsicht auszuüben. Als sich die Genossen der USP der Sozialistischen Arbeiterpartei anschlossen, kam er zu uns. Er nahm an der Arbeit der Partei regen Anteil, wenn auch sein Alter und sein schwächer Gesundheitszustand ihn hinderten, selbst noch aktiv tätig zu sein.

Gewerkschaftlich war er im Deutschen Bekleidungsarbeiter-Verband tätig, auf dessen Vorstandstagen er wiederholt als Delegierter anwesend war. Bis vor kurzer Zeit betätigte er sich als Hauskassierer seines Verbandes.

Wir werden das Andenken des Genossen, der sein ganzes Leben in den Dienst der Arbeiterbewegung stellte, dadurch ehren, daß wir mit verdoppelter Kraft weiterarbeiten im Kampf für die Gesundung der revolutionären Arbeiterbewegung, für die Vorbereitung der proletarischen Revolution.

Ortsgruppe Berlin-Kreuzberg



Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Montag, den 28. November: Sitzung der Bezirksleitung 19 Uhr.
Donnerstag, den 1. Dezember: Zusammenkunft aller Mitglieder, die der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend angehören, abends 20 Uhr im Sekretariat, Magazinstr. 12a.
Dienstag, den 6. Dezember: Gewerkschaftstag. Lokal wird noch bekanntgegeben. Tagesordnung: Der BVG-Streik und seine Lehren.

Achtung!

Wir geben hiermit bekannt, daß die Genossen Hans Grünfeld und Edith Raffael beide Charlottenburg und Fritz Meister, Steglitz, der Organisation nicht mehr angehören. SAP-Metallarbeiter! Versammlung aller im DMV organisierten SAP-Genossen am Dienstag, den 29. November, im Sekretariat, Magazinstr. 12a. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Beginn pünktlich 8 Uhr.

Die Ortsgruppen teilen mit.
Montag, den 28. November: Ortsgruppe Kreuzberg abends 20 Uhr bei Kluth, Schönleinstr. 6. Diskussionsabend: „Wir und die K.“
Mittwoch, den 30. November: Ortsgruppe Prenzlauer Berg um 20 Uhr Kursus (Paul Frölich) bei Ruhe, Metzger Str. 26.

Achtung!

Die graue Truppe Neukölln veranstaltet am Sonntag, den 27. November, im Lokal Sporteck Neukölln, Donau, Ecke Eckstr., einen Abend unter dem Titel „Hoppla wir leben“ Anfang 19.30 Uhr. Eintritt 15 Pf.

Ortsgruppe Wedding: Mittwoch, den 30. 11. Mitgliederversammlung bei Bruseberg, Gerichstraße 70, um 8 Uhr. Referat über das Arbeitsbeschaffungsprogramm

SJV Bezirk Groß-Berlin

Mitteilungen der Bezirksleitung

Sekretariat: Magazinstraße 12a

Achtung! Nachtveranstaltung am 3. Dezember um 23.30 Uhr im Volkskino Königstadt, Schönhauser Allee. „Die hölzernen Kreuze.“ Eintrittspreise 60 Pf. und 30 Pf. Karten müssen abgeholt werden und bis zum 3. Dezember abgerechnet sein. Erwerbslose Genossen am Mittwoch alle um 11 Uhr im Sekretariat.

Monatsprogramme für Dezember müssen umgehend eingereicht werden.
Sternberg-Buch: Genossen, die es bestellt haben, kommen Mittwoch ins Sekretariat.

Achtung! Gruppenkassierer: Alle Rückstände schnellstens abrechnen.

Gruppenveranstaltungen.

Pankow: Sonntag, den 27. November, 19 Uhr Mühlenstr. 77, Politisch-satirischer Abend.

Neukölln: Sonntag, den 27. November, Sport-Ecke, Erk-Donaustr., Politisch-satirischer Abend.

Montag, den 28. November, 20 Uhr: Neukölln, Rosenstr. 12/13: Verfassungskämpfe der Arbeiterschaft.

Moabit, Schlesinger Ufer 15: Russische Geschichte.

Lichtenberg, Scharnweberstr. 22: Arbeitsgemeinschaft Sozialismus.

Süd-West: Yorkstr. 11.

Köpenick: Grünauer Str. 5.

